EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Otto Schmidt

Die Verjährung von NS-Verbrechen

Lothar Albertin

Die Wähler und die Parteien

Das Menschenbild der CDU

3

MÄRZ 1965

13. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Zum Parteitag in Düsseldorf	1
Eberhard Amelung	
Die Wissenschaft, das Geld und die Bauern	2
Eberhard Amelung	
Kurz kommentiert	4
Überlegungen zur Verjährungsdebatte des Deutschen Bundestages	7
Otto Schmidt	
Niemöller steht nicht allein	8
Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Wählern und Parteien	
Lothar Albertin	
Das Menschenbild der CDU	11
Pressestimmen	17
Bücher	18

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Dr. Otto Schmidt, MdB (Bonn, Bundeshaus) ist Mitglied des Bundesarbeitskreises des EAK und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Finanzpolitik. — Dr. Lothar Albertin (Wehrda über Marburg, Im Loh 5) ist Studienrat i. H. am Institut für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers

und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

13. Jahrgang, Heft 3

März 1965

Zum Parteitag in Düsseldorf

Die CDU steht seit dem totalen Zusammenbruch des Dritten Reiches in der Verantwortung. In den Kommunen, in zahlreichen Ländern und im Bund hat sie seit fast zwanzig Jahren die Entscheidungen gefällt, die die Gestalt unseres Staatswesens bestimmen. Sie braucht sich ihrer Leistungen nicht zu schämen.

Die CDU kann heute weniger denn je auf ihren Lorbeeren ausruhen. Von Monat zu Monat wird es stärker offenbar, daß wir wesentlich schwerer an unserer Vergangenheit tragen, als wir noch vor einigen Jahren dachten. Die Last, die wir heute tragen, ist nicht leicht; die Last von morgen wird um ein Vieles schwerer sein. Wir dürfen uns in dieser Hinsicht keine Illusionen machen. Wir stehen in der Außenpolitik neuen Problemen gegenüber, die mit den Lösungen von gestern nicht zu bewältigen sein werden. Wir brauchen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik Konzeptionen, die die Freiheit des einzelnen in der Wohlstandsgesellschaft bewahren helfen. Wir müssen aber vor allem das Ringen um das demokratische Bewußtsein in unserem Volk erst noch gewinnen.

An diesem Punkt liegt die Bedeutung des diesjährigen Parteitages der CDU. Sie muß sich in den Tagen in Düsseldorf so darstellen, daß es den Menschen draußen ganz deutlich wird, welch ein Gewinn es ist, demokratische Parteien zu haben. Das Bewußtsein dafür fehlt heute noch weithin. Parteivorstand und Delegierte der CDU tragen eine große Verantwortung. Sie sind gefordert wie nie zuvor in der Geschichte der Partei. Nur wenn sie dieser Forderung genügen, können wir auch die Wahlen gewinnen.

Die Redner des Parteitages werden sich nicht darauf beschränken dürfen, die Delegierten zum Applaudieren zu reizen. Sie müssen ihnen deutlich machen, daß ihre Verantwortung nicht nur bei der Partei liegt, sondern das politische Leben unseres ganzen Staates umfaßt. Sie repräsentieren auch die vielgeschmähten Parteien, nicht nur Minister und Parteispitzen. Sie repräsentieren sie vor allem auch in Düsseldorf in den Verhandlungen des Parteitages, bei den Referaten und Diskussionen. Auf jeden einzelnen kommt es an, denn der Kampf um die Demokratie ist in vollem Gange. Wir müssen ihn gewinnen.

Die Wissenschaft, das Geld und die Bauern

In den vergangenen Jahren ist es der Öffentlichkeit immer mehr zu Bewußtsein gekommen, welche Bedeutung die Wissenschaft für den Fortschritt des gesamten Volkes hat. Berühmt ist Georg Pichts Artikelserie in der Wochenzeitung „Christ und Welt“, in der er eindringlich vor der drohenden Bildungskatastrophe warnt. Kein Politiker, der etwas auf sich hält, kann heute an diesem Thema vorbeigehen.

Im Haushalt des Bundes für 1965 mußten viele Posten gekürzt werden, um die nach den Brüsseler Verhandlungen notwendigen Zahlungen für die Landwirtschaft leisten zu können. Die Hauptmasse der Einsparungen kam aus dem Verteidigungsministerium. Aber auch viele andere Posten wurden verringert, soweit sie nicht gesetzlich festgelegt waren. Die Ausgaben des Wissenschaftsministeriums konnten nicht verschont werden. Diese Kürzungen haben nun den vehementen Protest sowohl des Wissenschaftsrates als auch der Rektorenkonferenz hervorgerufen. In dem Aufruf der letzteren heißt es:

„Wenn Verbände, die starke wirtschaftliche Interessen repräsentieren und die sich auf Millionen von Wählerstimmen berufen, den Haushaltsausschuß des Bundestages veranlassen, viele Hundert Millionen DM zu ihren Gunsten an anderen Stellen einzusparen, dann geraten die wissenschaftlichen Einrichtungen in eine hoffnungslose Lage. Denn sie repräsentieren keine Wähler, sie besitzen keine „lobby“. Die Forderungen, die sie stellen, betreffen nicht eigene wirtschaftliche Interessen, sondern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gesellschaft in der näheren und weiteren Zukunft, für die die Volksvertretung verantwortlich ist.

Wenn aber die Volksvertretung die augenblickliche Förderung einer Bevölkerungsgruppe für wichtiger hält als die Sicherung der Zukunft aller, dann müssen die wissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik ihre Forderung nachdrücklich wiederholen, ein Forschungsförderungsgesetz zu erlassen, das den Leistungen des Bundes gemäß Art. 74, 13 GG eine dauerhafte Grundlage gibt; die Öffentlichkeit eindringlich bitten, diese Forderung zu unterstützen und vor allem darauf hinzuwirken, daß der Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen auch 1965 in der von der Regierung ursprünglich vorgesehenen Höhe ungeschmälert fortgesetzt wird.“

Die Rektorenkonferenz hat damit ein schwieriges Problem angesprochen. Allerdings können die Ausführungen nicht unwidersprochen bleiben. Der Abgeordnete Dr. Stoltenberg, der Berichterstatter des Haushaltsausschusses für die Ausgaben des Wissenschaftsministeriums, hat zunächst einmal die Tatsachen richtiggestellt. In seiner Erklärung heißt es:

„Einige wissenschaftliche Organisationen haben in den letzten Tagen in öffentlichen Erklärungen und Schreiben an den Bundeskanzler sehr kritisch zu den Beschlüssen des Haushaltsausschusses über die Bundesmittel für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen Stellung genommen. Sie erklärten u. a., durch die Beschlüsse des Ausschusses würden gegenüber der Regierungsvorlage die Ansätze von 300 auf 270 Millionen DM gekürzt und weitere 55 Millionen DM durch eine verschärfte Bausperrre der Wissenschaft entzogen. In diesem Zusammenhang wurde behauptet, die Kürzung betrage insgesamt 27 Prozent des vorgesehenen Ansatzes.

Leider gehen diese kritischen Bemerkungen über die Auswirkung der Regierungsvorlage und die neuen Bestimmungen des Haushaltsausschusses von falschen Voraus-

setzungen aus. Die Regierungsvorlage sah eine allgemeine fünfprozentige Kürzung aller Haushaltstitel vor, die nach einer Erklärung des Bundesfinanzministers im Haushaltsausschuß auch die Titel für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen getroffen hätte. Der Haushaltsausschuß hat diesen Prozentsatz im Einvernehmen mit der Bundesregierung für alle Haushaltstitel auf 7 Prozent erhöht, um den Ausgleich des Etats zu erreichen.

Durch die neue Fassung der Bausperre, die von der Koalition mit dem Bundesfinanzminister vereinbart wurde, wird eine nennenswerte weitergehende Reduzierung dieses Ansatzes vermieden. Es stehen nach den jüngsten Berechnungen des Bundesfinanzministeriums auf Grund der Vorschläge des Ausschusses sofort 275 Millionen DM für den Ausbau der Hochschulen zur Verfügung. Von den ursprünglich genannten 300 Millionen werden 21 Millionen (statt 15 Millionen nach der Regierungsvorlage) von der Kürzung betroffen, 4 Millionen zusätzlich von der Bausperre, die von der Bundesregierung aufgehoben werden kann.

Daß der Haushaltsausschuß über die Regierungsvorlage hinaus 50 Millionen DM für die neuen Medizinischen Akademien und 20 Millionen DM zusätzlich durch Bindungsermächtigungen für den Ausbau der Hochschulen bewilligt hat, ist in der bisherigen Bewertung seiner Beschlüsse völlig übersehen worden."

Schwerwiegender als der Irrtum auf Seiten des Wissenschaftsrates oder der Rektorenkonferenz im Hinblick auf die tatsächlichen Zahlen ist jedoch die Anspielung auf die Situation der Landwirtschaft. In der Erklärung der Rektorenkonferenz werden zwar die Zahlungen an die Landwirtschaft nicht wörtlich genannt, doch kann kein Zweifel daran sein, daß sie mit den Worten „Förderung einer Bevölkerungsgruppe“ gemeint sind. Gewiß, die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind absolut notwendig und jederzeit zu vertreten. Ob die Ansprüche der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen nicht manchmal übertrieben sind, kann man allerdings fragen. Es wird Aufgabe der Parlamente sein, die Dinge hier auf einem richtigen Maß zu halten. Wer das weiß, sollte aber ein anderes nicht vergessen. Der allgemeine gesellschaftliche Fortschritt ist zwar nur möglich, wenn die Wissenschaft gefördert wird. Er ist aber nicht zu verwirklichen, wenn starke Gruppen in der Gesellschaft in einer ständigen Beunruhigung leben. Auch die beste Forschung nützt uns wenig, wenn unser gesellschaftliches Leben durch die Unzufriedenheit größerer Bevölkerungsteile gestört wird. Das aber ist die Gefahr, in der wir heute stehen. Dabei ist es ziemlich gleichgültig, wieweit die Forderungen der Landwirtschaft berechtigt sind. Wenn nur die Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Meinung ist, sie sei berechtigt, und wir erfüllen sie nicht, dann droht die Gefahr einer zunehmenden Radikalisierung. Keiner von uns kann sie wünschen. Alles, was wir tun können, ist, dafür zu sorgen, daß die Gelder, die für die Landwirtschaft aufgewendet werden, möglichst sinnvoll ausgeben werden. Das wiederum kann nur in einer engen Zusammenarbeit mit den Bauernverbänden geschehen.

Die Rektorenkonferenz bedauert in ihrer Erklärung, daß sie nicht genügend Durchschlagskraft habe. Wahrscheinlich ist das weit untertrieben. Im gegenwärtigen politischen Klima der Bundesrepublik haben die Wissenschaftsverbände zunehmend Einfluß gewonnen. Ihre Forderungen werden weithin beachtet und auch erfüllt. Wir sind allerdings auch an einem Punkt, wo wir mit Geldern zwar viel zur Förderung der Wissenschaft und Forschung tun können, aber nicht alles. In vielen Bereichen unseres sozialen Lebens sind strukturelle Reformen nötig, auch in der Landwirtschaft, auch an den Universitäten. Das erfordert von allen Seiten ein hohes Maß an Verständnis für die schwierige Lage, in der sich die jeweils anderen Gruppen befinden.

Vor einem neuen Arrangement?

Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, daß der beim Konsistorium Ende Februar zum Kardinal ernannte Erzbischof Beran von Prag in Rom eingetroffen sei, nachdem man ihm vorher beharrlich die Ausreise verweigert hatte. Ist in dieser Geste von seiten der Regierung der Tschechoslowakei das Anzeichen dafür zu erblicken, daß dem schon lange währenden Konflikt zwischen dem Staat und der katholischen Kirche ein Ende bereitet wird? Vor 16 Jahren empfahl der Erzbischof seinen Gläubigen eine loyale Haltung gegenüber den politischen Instanzen; er selbst aber weigerte sich, den von der Regierung für Priester und Bischöfe geforderten Eid abzulegen. Er verurteilte alle die Glieder der Geistlichkeit, die aktiv in der kommunistischen Partei mitarbeiteten. Der Erzbischof erklärte seine Bereitschaft, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, ihm aber auf keinen Fall all das in die Hand zu legen, was allein in die Zuständigkeit Gottes gehört.

Seit dieser Zeit wurde Msgr. Beran von der tschechoslowakischen Regierung nicht mehr als Erzbischof von Prag anerkannt, weil er sich den bestehenden Gesetzen nicht fügte. Selbst als die Regierung im September 1963 eine Geste des guten Willens an den Tag legte, indem sie dem Kirchenfürsten die Freiheit wiedergab, blieb der Konflikt unverändert wie 1949 bestehen; denn der Erzbischof konnte und wollte seine Ablehnung der Eidesleistung nicht zurücknehmen.

Johannes XXIII. begriff, daß die Kirche in der Tschechoslowakei und in Ungarn eines langsamen Erstichtungstodes sterben müsse, wenn die Träger des Episkopats nicht verjüngt werden könnten. Deshalb begann er die geheimen Verhandlungen mit den kommunistischen Regierungen in Prag und Budapest. Es ging für die Kirche darum, die Aufrechterhaltung der Institutionen durchzusetzen, ohne die sie nicht existieren kann, ohne sich jedoch dabei Bedingungen beugen zu müssen, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind.

Die Regierungen in Prag und Budapest schienen auch ihrerseits Verlangen nach einem „modus vivendi“ zu haben. Die Verhandlung wurde durch den Erzbischof von Wien, Kardinal König, vorbereitet und durch Msgr. Casaroli geführt. Dabei scheint ein Kompromiß erreicht worden zu sein im Blick auf die Affäre, die die große Krise von 1948–49 hervorgerufen hatte. Bis dahin hatte sich der Nachfolger von Erzbischof Beran, der nicht den offiziellen Titel eines Erzbischofs führt, gegen die Feindseligkeit der Regierung nicht durchsetzen können. Er hat nun der Eidesleistung zur Bezeugung der Loyalität zugestimmt. Der Vatikan stellt dazu aber fest, daß er diese mit dem Vorbehalt getan habe, „wie dies einem Bischof zukomme“.

Um zu einer Übereinkunft zu gelangen, bedurfte es der Zustimmung der Hauptbeteiligten. Der Erzbischof von Prag machte überhaupt keine Schwierigkeiten; er war der Meinung, daß sein persönlicher Fall in keiner

Weise das Zustandekommen einer gewissen offiziellen Koexistenz zwischen Kirche und Staat behindern dürfe. Sobald er in Freiheit gesetzt wurde, erklärte er deshalb, er überlasse dem Papst die Sorge, über sein Geschick zu entscheiden; er übernehme auch neue Aufgaben, wenn dies im Interesse der Kirche sei.

Die Sendboten des Vatikans hatten viel größere Mühe, Msgr. Mindszenty von der Notwendigkeit seines Rücktritts zu überzeugen. Der Kardinal-Primas von Ungarn ist nämlich der Meinung, auch wenn er die Pflichten seines Amtes tatsächlich nicht ausüben könne, so habe er doch moralisch nicht das Recht, sich aus seinem Vaterlande zu entfernen. Er wollte bis zu seinem Tod seinen Titel behalten und war der Meinung, sein passiver Widerstand und seine Existenz in der Botschaft der Vereinigten Staaten würden seine Mitbürger ermutigen, sich den Unternehmungen des „ganz und gar perversen Kommunismus“ entgegenzustellen. Die Vertreter des Vatikans mußten ihn darauf hinweisen, daß seine hartnäckige Weigerung, in irgendeinem Kompromiß einzuwilligen, solange ihm nicht Gerechtigkeit widerfahren sei, der Kirche viel Schaden zufügen würde; denn die Kirche wäre dann auch weiterhin ihrer Hirten beraubt, wenn nicht eine Übereinkunft mit dem Staat zustande käme.

Die Hindernisse für einen „Modus vivendi“ scheinen also in Prag und Budapest beseitigt. Das bedeutet gewiß nicht, daß die Koexistenz zwischen Kirche und Staat leicht ist. Das Beispiel von Polen zeigt, wie schwierig es ist, einigermaßen harmonische Beziehungen herzustellen zwischen der kommunistischen Partei, die die gesamte Macht ausüben will, und der katholischen Kirche, die auf viele Bürger noch einen großen Einfluß ausübt. r. p.

Wissenschaft und Volksbildung

An der Universität Tübingen wurde im vergangenen Wintersemester eine Ringvorlesung durchgeführt mit dem Thema „Das deutsche Geistesleben und der Nationalsozialismus“. Die Teilnahme der Studenten wie der Öffentlichkeit war außerordentlich rege, und das Tübinger Beispiel wird Schule machen, wie von anderen Hochschulen zu erfahren ist. Wir meinen, daß auf diese Weise ein wichtiger Beitrag zu einer nüchternen und ressentimentfreien Betrachtung unserer jüngsten Vergangenheit geleistet wird.

Als eine der Grundthesen der Tübinger Vorträge stellte sich heraus, daß der Nationalsozialismus wesentlich aus einer Nichtbewältigung der modernen Industriegesellschaft verstanden werden könne und die Universität und mit ihr das deutsche Geistesleben an diesem Vorgang einen einflußreichen Anteil habe und schließlich von daher vieles von dem, was man mit Recht als „Deutsche Katastrophe“ bezeichnet hat, zu erklären sei. Damit ist die Frage nach der Rolle des deutschen Geisteslebens gegenüber dem Nationalsozialismus in einen umfassenden sozialen und geistesgeschichtlichen Zusammenhang eingeordnet. Es ist zu hoffen, daß die Anregungen, die hier gege-

ben worden sind, aufgenommen werden und zu einem vertieften Verständnis dieses in der Tat wenig erfreulichen Kapitels unserer Geschichte führen mögen.

Daß damit auch Fragen an unsere Gegenwart gestellt werden, mag ein Zitat aus dem Vortrag des Pädagogen Andreas Flitner zeigen, der über das Verhältnis von Wissenschaft und Volksbildung sagte: „Ich will nicht sagen, daß dieser klaffende Spalt zwischen Sozillage und Bewußtsein in einer Generation hätte geschlossen werden können. Aber gewiß war es schlimm, daß sich die Volksschulen und die Lehrerdologie nur auf die Aufgabe richteten, nämlich die überlieferten Volksstrukturen zu stabilisieren, und dabei den Affekt gegen die Wissenschaft und gegen die moderne geistige Welt steigerte, die andere Aufgabe jedoch, nämlich den Anschluß an die moderne Welt zu schaffen, übersah. Und auch auf Seiten der Wissenschaft wurde der Beitrag zur Bildungseinheit meist nur da gesehen und geleistet, wo man meinte, diese alten Strukturen bestätigen und im übrigen das Volk auf seinem Niveau belassen zu können.“

Haben sich die Auffassungen und Bestrebungen wirklich so geändert, wie es nötig wäre? Tempora mutantur! Sind wir immer bereit, diese alte Weisheit wirklich ernst zu nehmen? Damit ist nicht einer Anpassung um jeden Preis das Wort geredet, aber einer Offenheit, die danach strebt, die Zeichen der Zeit zu erkennen und von daher auch die überkommenen Vorstellungen und Prinzipien in Frage stellen zu lassen. Wenn dies die Antwort auf die Frage nach der Haltung des deutschen Geisteslebens gegenüber dem Nationalsozialismus ist, daß unser Geistesleben eben in dieser Kritik seine entscheidende soziale Aufgabe sehe, dann dürfen wir sagen, wir hätten ein wenig aus der Geschichte gelernt!
-el.

Unruhe in Spanien

An den spanischen Universitäten gärt es, wie schon so oft in der Geschichte dieses Landes. Die Studenten fordern die Abschaffung der SEU, der offiziellen Gewerkschaft, die die Interessen der Studentenschaft nicht wirklich vertritt, und die Einstellung aller Repressalien gegen Professoren wie Hochschüler. Insgesamt fordern die Studenten eine Demokratisierung der Universitäten, was freilich in der Konsequenz auch die Forderung nach einer Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens in Spanien einschließt.

Es ist erregend für den Beobachter zu sehen, wie nach einer langen Zeit der Ruhe wieder die Kräfte der Bewegung sichtbar geworden sind. José Luis Lopez Arranguren hat den Vorgang, den wir z. Z. erleben dürfen, mit den wenigen Worten umschrieben: „Spanien ist im Wandel.“ Mit Recht hat Arranguren, der sich in den Auseinandersetzungen auf die Seite der Studenten gestellt hat und daher unter der Jugend Spaniens eine hohe Autorität genießt, vor Prophezeiungen gewarnt, dennoch wird man, ohne voreilig sein zu wollen, sagen dürfen, daß es auch an Spaniens Universitäten kein Zurück mehr geben kann.

Ein neues Bewußtsein für die Fragen der Politik und des sozialen Lebens ist hier geweckt worden, das lange verdeckt gewesen war unter einer Schicht von Zwang und Bürokratie. Es ist mit Recht immer wieder gesagt worden, daß auch Spanien zu Europa gehört. Weil wir das wissen und wir wünschen, daß die iberische Halbinsel den Anschluß an die europäischen Entwicklungen gewinne, möchten wir hoffen, daß sich das Wort Arrangurens bewahrheiten möge: „Das neue Bewußtsein der Studenten ist nicht mehr wegzuschaffen und wird sich weiterhin ausdrücken!“ -ck-

Ein neuer Geist

In Rom ist unlängst ein neues Gebäude des Deutschen Archäologischen Institutes eingeweiht worden. Aus diesem Anlaß hat der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Scharf, einige Begrüßungsworte gesagt, die weit über den eigentlichen Anlaß hinausgingen und sich an die Römische Kirche, die in Rom ihr Zentrum hat, wandten. Scharf äußerte die Hoffnung, daß es zwischen den Kirchen und den Wissenschaften zu einer engen Zusammenarbeit kommen möge und meinte, daß zu einer solchen Kooperation gerade in Rom besonders gute Voraussetzungen gegeben seien. Zugleich betonte der Ratsvorsitzende, daß die Evangelische Kirche in Deutschland den Anruf des Konzils zustimmend aufgenommen habe. Spontan erhob sich Kardinal Bea und sprach in seiner, in der Festfolge gar nicht vorgesehenen Rede von den Möglichkeiten solcher gemeinsamer Arbeit. An diesen spontanen Gedankenaustausch in der Öffentlichkeit schlossen sich vertrauliche Gespräche zwischen Scharf und Bea über die Mischehe, die Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenischen Rat und der Römischen Kirche sowie das Problem einer evangelisch-katholischen Bibelübersetzung an.

Diese Begegnungen in Rom zwischen führenden Vertretern beider Kirchen sind ein Zeichen für den neuen Geist, der sich allenthalben bemerkbar macht. Man könnte ihn allgemein als einen Geist der Aufgeschlossenheit und Offenheit, der Brüderlichkeit, oder ein Wort Johannes XXIII. aufnehmend, des *aggiornamento*, der Öffnung der Kirche zur Welt, und das heißt auch zu den andern Christen, beschreiben. Der römische Ökumenismus stellt freilich an den Protestantismus Fragen, auf die er nicht immer hinreichend vorbereitet erscheint. Gerade auf der Ebene der Gemeinden findet sich häufig ein Maß an Unkenntnis und Vorurteilen, das erschrecken muß. Dem entspricht jedoch auch auf der Seite der Theologie nicht selten eine geringe Neigung, sich mit den neuen Problemen auch theologisch auseinanderzusetzen. Hier gilt es, noch viel zu leisten, in der Theologie wie in den Gemeinden. Die Theologie sollte sich darüber im klaren sein, daß die Gemeinden von ihr bei dem Vorgang eines evangelischen *aggiornamento* Hilfe und Rat erwarten.

In diesem Zusammenhang möchten wir eine Anregung geben, deren Verwirklichung für ein besseres Verständnis dessen, was sich in der Römischen Kirche vollzieht, nützlich sein könnte. Der Rat der EKD mag sich überlegen, ob er nicht in Rom ein Evangelisches

Institut bilden sollte, das, gewissermaßen „vor Ort“, alle Vorgänge im Katholizismus beobachtet und analysiert und die Ergebnisse seiner Tätigkeit in sinnvoller Weise der Öffentlichkeit, zumal den evangelischen Kirchen, zugänglich macht. Zugleich müßten Stipendien zur Verfügung gestellt werden, um interessierten Studenten und Professoren Gelegenheit zu geben, die ökumenischen Probleme in Rom zu studieren. Ein solches Institut könnte das Gespräch zwischen den Kirchen bereits in Rom ermöglichen, und seine Tätigkeit würde sicherlich auf die Arbeit in den Kirchen und Universitäten ausstrahlen.

Wir wollen hier nur eine Anregung geben, von der wir jedoch meinen, daß sie im Falle ihrer Verwirklichung einen wichtigen Beitrag leisten könnte, jenen Geist des *aggiornamento* in alle Bereiche protestantischen Lebens hineinzutragen, unter der Voraussetzung, daß dieses Institut ein Zentrum des ökumenischen Gespräches würde. b. u.

Unverantwortliche Panikmache

Gelegentlich sind die Verbände schon von einer erstaunlichen Skrupellosigkeit in der Art, wie sie die Interessen vertreten. Einen Fall besonderer Geschmacklosigkeit hat sich der Deutsche Mieterbund kürzlich geleistet. Der sogenannte Lücke-Plan, mit Hilfe dessen die Zwangswirtschaft im Wohnungsbau durch ein soziales Mietrecht abgelöst werden soll, sei die Ursache einer Selbstmordwelle, so wurde mitgeteilt. Der Mieterbund bezog sich dabei auf die Meldung einer ausländischen Nachrichtenagentur.

Über Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Wieweit man die in jedem Fall traurige Tatsache eines Selbstmordes zum Propagandaobjekt machen kann, muß jedem Verband selbst überlassen bleiben. Nur war in diesem Fall auch der sachliche Hintergrund in keiner Weise gegeben. Es konnten überhaupt nur zwei Namen genannt werden und beide ereigneten sich ausgerechnet in schwarzen Kreisen, die also von dem Gesetz noch nicht betroffen sind.

Aber was will man mit einer solchen Argumentation in der Sache überhaupt beweisen? Wahrscheinlich ist es bei vielen Selbstmorden möglich, im Hintergrund des nicht gelösten Konfliktes gesetzliche Regelungen aufzuweisen, die eine Mitursache waren. Es braucht sich gar nicht um Strafgesetze zu handeln; Steuergesetze oder das Eherecht, welches vielleicht eine Scheidung nicht erlaubt, können letztlich denselben Effekt haben. Wollte der Staat nur Gesetze erlassen, die niemand in eine gewisse Bedrängnis bringen, so könnte er das Gesetzmachen überhaupt aufgeben.

Zur sachlichen Diskussion hat der Mieterbund mit seiner Verlautbarung nichts beigetragen. Das Bundeswohnungsministerium hat deshalb auch zurecht hier von einer unverantwortlichen Panikmache gesprochen. Es stünde dem Mieterbund besser an, so meint das Ministerium, die Öffentlichkeit über die bestehenden sozialen Möglichkeiten im Mietrecht aufzuklären. Das wäre die Aufgabe einer solchen Organisation. e. a.

Vorher las man's anders

Während der Regierungszeit von Bundeskanzler Adenauer waren die sogenannten einsamen Beschlüsse eines der beliebtesten Angriffsziele der Opposition im Bundestag und der kritischen Presse. Der neue Stil von Bundeskanzler Erhard wurde dann auch bei seinem Amtsantritt weithin begrüßt. Man lobte die echt demokratische Meinungsbildung, die nun endlich im Kabinett eintreten werde und ähnliches mehr.

Aus Anlaß der Nahostkrise fand nun eine ausführliche Beratung im Kabinett statt. Die Meinungen waren geteilt, und der Bundeskanzler ließ es zu einer ausführlichen Diskussion kommen, ehe er die Richtlinien der Politik festlegte. Wer aber erwartet hatte, die Opposition oder die Presse würden nun begrüßen, daß die Probleme eingehend erörtert wurden, der sah sich wiederum getäuscht. Denn nun hieß es plötzlich, der Bundeskanzler sei unfähig, schnell und präzise Entscheidungen zu fällen, und überhaupt sei die Regierungskoalition in sich völlig uneins.

Sicherlich kann man weder von der Opposition, noch von der kritischen Presse erwarten, daß sie der Regierung uneingeschränktes Lob zukommen lassen. Ihnen ist wachsame und kritische Beobachtung alles Geschehens aufgetragen. Aber was man erwarten darf, ist eine gewisse Konsequenz in der Argumentation. Die demokratische Bewußtseinsbildung ist in unserem Volk noch nicht sehr weit gediehen. Sie kann sich nur verstärken, wenn auch die Kritiker der Regierung von klaren Positionen aus argumentieren. Das gilt besonders, wenn es um Stilfragen geht. -rg.

„Verantwortung für Deutschland“

Die 12. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU findet vom 27. bis 29. Mai statt. Vorstand und Bundesarbeitskreis haben als Generalthema gewählt: Verantwortung für Deutschland. Es geschah aus der klaren Erkenntnis heraus, daß die Frage nach der Einheit unseres deutschen Volkes in zunehmendem Maß die Menschen bewegt. Das gilt insbesondere von der Jugend, die den Zusammenbruch und die ersten daran anschließenden Jahre des Wiederaufbaus nicht mit Bewußtsein erlebt hat.

Das Thema soll nach den verschiedenen Seiten hin entfaltet werden. Der theologischen Überlegung soll der historisch-politische Überblick folgen; die politisch-aktuellen Probleme können nicht ohne die Fragen nach der geistigen Struktur beantwortet werden. Damit war der Aufbau der Tagung gegeben. Jedes der Themen steckt voller Brisanz und es gehört ein gewisser Mut dazu, in der heutigen Situation die Verantwortung für Deutschland zum Zentrum einer Tagung zu machen. Aber Vorstand und Bundesarbeitskreis glaubten sich dem Thema stellen zu müssen.

Unsere Leser finden das Tagungsprogramm auf der dritten Umschlagseite. Anmeldungen zur Tagung möge man bitte an die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises in Bonn, Am Hof 28, richten.

Überlegungen zur Verjährungsdebatte

Otto Schmidt

An der Schwelle des Bewußtseins der Menschheit steht jene uns allen von Kindesbeinen an vertraute Geschichte von Kain und Abel. Sie sagt etwas aus über die menschliche Natur: der Mensch ist fähig zum Brudermord. Ich lese in diesen Tagen ein ungewöhnlich fesselndes Buch des Tierverhaltensforschers Konrad Lorenz „Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression“. Es versucht, naturwissenschaftlich zu erklären, warum der Mensch den Menschen ausrottet. Wie wir es auch erklären mögen, an dem Ärgernis dieser Tatsache kommen wir nicht vorbei. Die Geschichte ist voll von Massenmorden grauenhaftester Art bis in die jüngste Gegenwart. Ich verzichte auf Beispiele, um nicht falschen Rechtfertigungsversuchen Vorschub zu leisten. Selbst die Geschichte der Kirche teilt diese dunkle menschliche Art. Das Stichwort ‚Inquisition‘ genügt wohl. Die Mörder aus ideologischen Gründen und die Regimenter sind in der geschichtlichen Registratur nahe beieinander. Von dem Brandmal, daß wir „Mörder unter uns“ haben, können wir die menschliche Gemeinschaft nicht einmal durch die Todesstrafe befreien. Die Geschichte der Kreuzigung Jesu ist nicht eine Geschichte der von Gott verlassenem Juden, sondern eine Geschichte der von Gott verlassenem Menschen schlechthin: das Kreuz ist und bleibt bis an das Ende der Tage über uns allen aufgerichtet als Zeichen dessen, wozu der Mensch fähig ist. I. Fr. Görres hat in der Nr. 2 des 1. Jahrgangs der ‚Frankfurter Hefte‘ unter dem Titel „Der Mordknopf“ einen Hinweis gegeben, der mich so bewegt hat, daß er nie meinem Gedächtnis entschwunden ist. Ich darf ihn wörtlich wiedergeben:

„Also passen Sie auf. Jemand erfindet einen Knopf, einen unscheinbaren elektrischen Knopf, wie für eine Stehlampe. Wenn man darauf drückt, heimlich, allein, und dabei an einen bestimmten Menschen denkt, so verschwindet dieser spurlos, wie weggeblasen. Es bleibt keine Leiche, es gibt weder Schrei noch Blut noch Entstellung, es gibt überhaupt keinen Rest. Es geht im Bruchteil einer Sekunde vor sich, ohne Schmerzen, ohne Todeskampf für das Opfer. Und selbstverständlich gäbe es auch nicht die leiseste Möglichkeit festzustellen, wer auf den Knopf gedrückt hat: keine technische, keine psychologische, keine polizeiliche. Nehmen wir das einmal an, ja? Und nun frage ich Sie: Wer von uns kann vor Gott aussagen, er würde niemals in seinem Leben davon Gebrauch gemacht haben, wenn es das gäbe? Spüren Sie, wieviel äußere Dinge es sind, die den normalen Menschen vom Mordwillen abhalten, so daß er meint, für ihn käme so was natürlich nie in Frage? Wieviel Todesurteile fallen nur von Mensch zu Mensch, unsichtbar, lautlos. Hier tut sich das furchtbare Wort der Schrift auf: Jeder, der seinen Bruder haßt, ist ein Mörder. Ja, so fängt es an. Wenn das Dasein eines Menschen nicht auch im heimlichsten Herzensgrund unantastbar ist, dann ist es nur eine Frage geschichtlicher Entwicklungen, wann der Ausrottungswille sichtbare Gestalt annimmt.“

Wer einmal den Blick auf den potentiellen Mörder in sich selbst gerichtet hat, wird, um mit unserem Kollegen Senator a. D. Dr. Adolf Arndt, zu reden, „in aller Demut der Anmaßung entsagen, wir könnten mit unserer menschlichen Gerichtsbarkeit Wesentliches ausrichten“. Auch in fünf oder zehn Jahren und bis in alle Ewigkeit werden wir vor der Ohnmacht menschlicher Gerichtsbarkeit und menschlicher Gerechtigkeit stehen und mit Fingern auf die Richter zeigen, die in ihrer Ohnmacht, die Wahrheit zu finden, so oder so „unzulängliche“ Urteile gefällt haben. Wer möchte wohl noch Richter werden angesichts so fragwürdiger Gerechtigkeit gegenüber den Richtern? Auch um der Richter willen gibt es eine Verjährung. Dr. Adolf Arndt hat in demselben Diskussionsbeitrag zwei wichtigen Erkenntnissen Ausdruck gegeben: „Verjährung ist die unvermeidliche Anerkennung, daß der Mensch ein zeitliches und endliches Wesen ist.“ „Hüten wir uns vor dem übermütigen Größenwahn, daß wir schleunigst noch mit Hilfe kleiner Tricks das Jüngste Gericht spielen müßten.“ Was besagt das? Es hat ein Ende mit uns. Unser Gesichtskreis ist zeitlich und sachlich begrenzt. Deshalb sind wir auch unfähig zu einer vollständigen und vollkommenen Gerechtigkeit uns selbst und anderen gegenüber.

Zugestanden: In dieser unserer horizontalen Begrenzung gibt es keinen anderen Ausweg als den des „Auge um Auge, Zahn um Zahn“; als den der Heimsuchung an den Kindern, an den Enkeln und Urenkeln für die Verschuldung der Väter. Das ist das wirkliche Lebensgesetz, unter dem die ganze Menschheit seufzt, dem wir auch nicht — mir nichts, dir nichts — entinnen können. Von daher hat auch das Bestreben seine Legitimation, das Tor der Verfolgung offenzuhalten. Aber durch dasselbe Tor dringen auch die neuen Wellen des Hasses ein. Die Unversöhnlichen, die hoffnungslos Verstockten drängen in die gegenseitige Diskriminierung auf unabsehbare Zeit — eben bis in das dritte und vierte Glied. Weder Strafe noch Wiedergutmachung ändern etwas an dieser prinzipiellen Schuldverstrickung.

Vielleicht aber lassen wir einmal aus der Vertikalen ein wenig Licht in diese nach allen Seiten verstellte Horizontale fallen. Vielleicht trauen wir auch der versöhnenden Kraft des Kreuzes einiges zu. Vielleicht lassen wir Gott das letzte Gericht, das vollkommene Gerechtigkeit schaffen wird, ohne daß so fragwürdige Figuren wie wir dabei mitwirken. Ob wir nicht hier und jetzt das tun sollten, dessen unsere Welt bedarf: einen Schritt hin zur Durchbrechung des Teufelskreises der Schuld, zur Versöhnung? Das wäre mehr und etwas anderes als eine Verlängerung der Verjährungsfrist.

Was wir in dieser Sache auch immer tun mögen, wir sollten so behutsam miteinander argumentieren, daß sich unser Volk nicht darüber spaltet und den Weg in die nach 20 Jahren mehr als notwendige Befriedung verfehlt. Die Aufgabe bleibt: der Teufelskreis der Schuld muß durchbrochen werden, wenn wir miteinander in Freiheit leben wollen.

Niemöller steht nicht allein

Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Wählern und Parteien

Lothar Albertin

In den Tagen seiner Verabschiedung aus dem Amt des hessischen Kirchenpräsidenten hat D. Niemöller in der „Stimme der Gemeinde“ (vom 1. 1. 1965) einen Aufsatz „Aufgaben der Politik 1965“ veröffentlicht. Er empfiehlt darin für die nächsten Bundestagswahlen allen Wählern, die zu den heute wählbaren Parteien in der Friedensfrage kein Vertrauen besäßen, dies „durch eine große Wahlbeteiligung und Abgabe deutlich, und mit Angabe der Gründe versehener, ungültig gemachter Stimmzettel“ zu bekunden. In einem späteren Interview mit der Associated Press fügte er seinem Vorschlag erläuternd hinzu, man könne nur auf diese Weise deutlich machen, „wie sehr in den wichtigsten Lebensfragen die Möglichkeit zur Opposition fehlt“. Niemöller ist daraufhin von den verschiedensten Seiten heftig angegriffen worden. Eine Zeitung äußerte sogar die Sorge, daß er „krank“ sei. Andererseits haben führende Persönlichkeiten geraten, seine Bedenken ernstzunehmen, ohne sich mit seinem Vorschlag zu identifizieren. Wir meinen, uns ihnen anschließen zu sollen. Sein Artikel fordert dazu auf, das Verhältnis zwischen Wählern und Parteien in der gegenwärtigen politischen Situation zu überdenken.

Niemöller zieht seine politische Bilanz am Anfang des zwanzigsten Jahres nach der Kapitulation — eine Bilanz enttäuschter Hoffnungen. Die meisten unter uns werden die Erinnerung an gemeinsame Hoffnungen mit ihm teilen, sie werden jedoch unterschiedlich darüber denken, was in unserer Macht lag, sie zu realisieren. Um so mehr ist es zulässig, wenn nicht notwendig, eine politische Rückschau an den Erwartungen der ersten Nachkriegsjahre zu orientieren. Wer diesen Maßstab wählt, wird zugeben müssen — und er tut unseren sonstigen Leistungen in Wirtschaft und Politik dadurch keinen Abbruch — daß in der zentralen Frage der deutschen Politik die Bilanz negativ lautet: Die Spaltung Deutschlands hat sich vertieft und verhärtet. Insoweit ist die bittere Schärfe Niemöllers nicht nur psychologisch verständlich, sondern auch objektiv gerechtfertigt.

Nun fragt der Kirchenführer, welche Schuld an dieser Entwicklung die Politik der Bundesrepublik treffe. Er geht davon aus, daß heute jedes Volk sorgfältiger als je zuvor mit Rücksicht auf die internationale Lage handeln muß. Für das gesplattene Deutschland gilt das um so mehr, als seine Teile in die beiden großen Machtblöcke eingebunden sind. Politische Entscheidungen in Deutschland sind in besonderem Maße geeignet, Wirkungen von globaler Interdependenz auszulösen. Die deutsche Politik muß außerdem bemüht bleiben, materielle und psychologische Hypotheken aus jüngster Vergangenheit in aller Welt abzutragen. Das bedeutet, daß sie mit höchster Besonnenheit darauf bedacht sein muß, „glaubhafte und ehrliche Friedenspolitik“ zu sein. Daß davon auch das nationale Existenzinteresse in besonderem Maße abhängt, weil Deutschland bereits bei Kriegsausbruch einer unmittelbaren Totalvernichtung ausge-

liefert wäre, verdeutlicht nur diese ohnehin evidente Notwendigkeit.

Diese Grundüberlegung Niemöllers wird in unserem Volke jederzeit die breiteste Zustimmung finden. Indessen bezweifelt er, daß Regierung und Parteien immer und konsequent diese Perspektive im Auge behalten. Viele, die ihm widersprachen, haben nicht geprüft, was er genau meint. Ein folgenreiches Mißverständnis ist vor allem auszuräumen: Niemöller behauptet nicht, daß die maßgebenden Entscheidungsinstanzen den Frieden nicht wollten. Er erwägt nicht ihre Intentionen, sondern die sachlichen und psychologischen Wirkungen ihrer Politik, die er im Ausland beobachtet. Er behauptet, daß sie „allgemein als Kriegspolitik empfunden und verurteilt wird“. Was ist nach seiner Meinung geeignet, im Ausland so zu wirken? Er nennt MLF, Verjährungsfrist und Waffenhilfe. Er spricht außerdem von der innerdeutschen Fortdauer des Kalten Krieges bei zunehmender Abschwächung des weltweiten West-Ost-Gegensatzes durch nüchternes Zweckmäßigkeitsdenken der großen Atomkräfte.

Steht Niemöllers Warnung in diesen Hinsichten so allein? Daß wir in der Frage der Verjährungsfrist auch die Weltmeinung beachten sollten, ist inzwischen expressis verbis im Bundestag bestätigt und durch seine breite Mehrheit überzeugend demonstriert worden. Die Folgen der Waffenhilfe in Spannungszonen haben die deutsche Außenpolitik im Falle Israels in eine verhängnisvolle Lage gebracht, und sie ist dabei, dies Ungeschick zu revidieren, ohne sich der besonderen moralischen Verantwortung gegenüber diesem Staate entziehen zu wollen.

Die Verwirklichung der MLF ist ohne unser Zutun — und entgegen allem zeitweiligen deutschen Erfüllungseifer — in weite Ferne gerückt. Vielleicht nähert uns gerade diese Frage dem Kern der Niemöllerschen Kritik. Soweit die Parteien darüber innerfraktionell zerstritten sind, geht es nicht mehr um die grundsätzliche Frage einer deutschen Beteiligung an Atomwaffen. Darüber scheint auch die Oppositionspartei offiziell entschieden zu haben. Nichtsdestoweniger halten sich in Parteien, Gewerkschaften und in der sonstigen öffentlichen Meinung prinzipielle Widerstände. Niemöller steht da nicht allein. Zwar repräsentiert er heutzutage nur noch eine Minorität, wenn er nach wie vor jegliche deutsche Ausrüstung verurteilt; aber er kann sich zweifellos auf eine starke Zustimmung berufen, wenn es um die Frage geht, ob die deutsche Militärpolitik alle Schritte ihres Aufbaus und Ausbaus mit dem gleichzeitigen Bemühen unternommen hat, naheliegende auswärtige Befürchtungen zu zerstreuen. Gewiß gibt es genügend offizielle Erklärungen unseres Friedenswunsches. Hier aber geht es um die Frage, ob wir bei allen einschlägigen Gelegenheiten das Menschenmögliche getan haben, um zum Ausdruck zu bringen, mit welcher bitteren Erfahrung der allge-

meinen Gebrochenheit politischer Existenz wir den Aufbau einer Verteidigungsarmee vornehmen. Haben wir wirklich bei jedem Schritt alle Mittel der Überzeugungskraft gebraucht, um das Ausland, in dem immer noch ungeheuerliche propagandistische Verzerrungen unserer Absichten, aber auch historisch tiefwurzelndes und verständliches Mißtrauen vorliegen, erkennen zu lassen, daß bei uns im militärischen Bereich nichts leichtfertig oder routinemäßig im Sinne einer Maßnahme klassischer Politik geschieht? Wir meinen, die Geschichte unserer Wiederaufrüstung kennt auch Vorgänge, bei denen die Diskussion sich so sehr an scheinbar eigen-gesetzliche Fragestellungen der Waffentechnik oder militärischen Strategie verlor, daß der Zusammenhang mit unserer historisch-politischen Sondersituation für den empfindlichen Beobachter nicht mehr sichtbar blieb. Wir meinen darüber hinaus, daß sich auch der öffentliche Geist, etwa auf dem Bücher- und Schriftenmarkt, dem kritischen Betrachter nicht mit dieser Eindeutigkeit präsentiert, die jedes Mißverständnis ausschließt.

In diesem Zusammenhang bekommt ein Satz Niemöllers einen Sinn, den der flüchtige Leser nicht erfaßt hat: „Der große Krieg liegt bald zwanzig Jahre zurück, und die Generation, die ihn wirklich und verantwortlich miterlebte und miterlitt, wird langsam alt und verliert den entscheidenden Einfluß auf das politische Geschehen und auf die Formung der öffentlichen Meinung. Eine neue Generation hat das Erbe weithin bereits angetreten. Was aber haben wir ihr als Erbe hinterlassen?“

Der aus dem Amt scheidende Kirchenpräsident denkt an die internationalen und innerdeutschen Spannungen und erkennt keine kurzfristigen Lösungschancen mehr. Empfinden wir noch wie er die ganze Last dieser Entwicklung? Verfolgen wir sie noch mit der seelischen Spannung der ersten Nachkriegsjahre? Oder deutet sich mit dem Wechsel der Generationen in Führungspositionen und Wählerschaft der Geist und Stil einer Politik an, die nicht mehr die alten Skrupel übernehmen will, um sich unbefangener unter den neuen Verhältnissen einrichten zu können? Die Bundestagsdebatte hat etwas von dieser historischen Substanz wiederaufleuchten lassen und auch daran erinnert, daß die deutsche Politik sie um ihrer Glaubwürdigkeit willen nicht preisgeben darf.

Die Parteien — ein diktatorisches Regiment?

Niemöller meint, daß unsere Außen- und Innenpolitik unter der Verkümmern der Opposition leide. Sein Verdikt richtet sich in erster Linie und ohne Ausnahme gegen die großen politischen Parteien. Er konfrontiert sie mit dem Bilde einer Wählerschaft, die von ihnen im Wahlkampf mobilisiert und sonst zum Schweigen verurteilt wird: „Die Parteien üben ihr diktatorisches Regiment aus . . .“ Weitere prononcierte Formulierungen sind im Kontext nachzulesen. Man hätte sie sich maßvoller gewünscht; gleichwohl rechtfertigen sie nicht pure Ent-rüstungsreaktionen. Seine Kritik trifft in jedem Falle auf latente Stimmungen des Unwillens und der Unzufriedenheit. Es könnte sein, daß sie sehr unterschiedliche Einstellungen — auch solche, die sie gar nicht meint — vorübergehend zusammenführt, weil sie dem Wähler auch ein öffentlich wirksames Mittel nennt — ein starker Anstieg der ungültigen Stimmen wäre eine unübersehbare Demonstration — seine Unzufriedenheit auszudrücken.

Es könnten Animositäten hervorgehoben werden, die auf einem historisch verschleppten falschen Vorverständnis über Aufgabe und Arbeitsweise der Parteien beruhen und ihren Trägern schon immer einen wirklichen Zugang zu unserer Parteiendemokratie erschwert haben. Die Parteien sollten Niemöllers Votum als Anreiz auffassen, sich gleichermaßen mit seiner Sachkritik wie mit derartigen falschen Vorstellungen auseinanderzusetzen. Das haben sie und unsere sonstigen politischen Bildungsträger bisher nicht mit genügender Klarheit und Breitenwirkung getan.

Nehmen wir etwa die zentrale Forderung nach Opposition. Sie muß auf das objektiv Mögliche reduziert werden. Unter dem Einfluß struktureller Veränderungen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens haben sich auch die Parteien längst gewandelt. Die Wissenschaft von der Politik und die politische Soziologie haben darüber bequem greifbare Untersuchungsergebnisse vorgelegt. Ihnen entnimmt man, daß sich in unserer organisatorisch-technologischen Industriegesellschaft die Bereiche ausdehnen, in denen Entscheidungen nach sachgebundener Rationalität nicht nur möglich, sondern auch notwendig sind. Einzelne und Gruppen müssen in diesen Bereichen vor allem funktionsgerecht handeln. Auch die Parteien sind insofern Funktionsträger. Die Rationalisierung und Funktionalisierung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens absorbieren in erheblichem Maße den früheren Charakter der Weltanschauungsparteien. Entideologisierung und Angleichung ihrer Programme sind eine objektiv naheliegende und politisch offensichtliche Folge. Die Entscheidungssituationen mit klaren Alternativen sind seltener geworden.

Diese Veränderungen haben sich auch auf die Tätigkeitsmerkmale des Parlaments und des Abgeordneten ausgewirkt. Die Erweiterung und Spezialisierung der gesetzgeberischen Arbeit hat ihr Schwergewicht auf die Ausschüsse verlagert. Sachlich und zeitlich limitierte Kooperationen durchkreuzen mitunter — und für den Wähler nicht immer überschaubar — die Grundkonstellation von Regierungskoalition und Opposition. Viele Wähler sind enttäuscht. Sie haben noch das klassische liberale, in der Literatur und Lehre allzu oft idealisierte Bild einer Stätte vor Augen, in der echte Überzeugungen zu großen Fragen öffentlich miteinander ringen. Sie meinen, daß das parlamentarische Prinzip durch Praktiken wie Fraktionsdisziplin und parteitaktische Kompromisse korrumpiert werde.

Zu diesen Eindrücken fügt sich ihr negatives Bild vom gegenwärtigen Abgeordneten. Ihm gegenüber hält sich mit bemerkenswerter Beharrlichkeit die traditionelle Vorstellung von dem Vertreter des ganzen Volkes, der nur seinem Gewissen unterworfen sein solle. Verfassungsrechtlich ist Art. 38 Abs. 1 GG das Orientierungsprinzip dieser Auffassung, der Grund ihres Mißverständnisses indessen die Vernachlässigung oder Ignorierung von Art. 21 Abs. 1 GG, wonach die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Das Bundesverfassungsgericht hat schon früh auf die innere Spannung dieser beiden Artikel aufmerksam gemacht und ging dabei soweit, zu sagen: „In der Demokratie von heute haben die Parteien allein die Möglichkeit, die Wähler zu politisch aktionsfähigen Gruppen

zusammenzuschließen. Sie erscheinen geradezu als das Sprachrohr, dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können“ (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts/2. Senat v. 5. 4. 1952).

Fraglos wird das persönliche Autonomieprinzip in seiner Spannung zu Art. 21 Abs. 1 weiterhin ein unverzichtbares Element politischer Meinungs- und Entscheidungsbildung des Abgeordneten bleiben. Daß sich in der Verfassungswirklichkeit der Schwerpunkt deutlich zum Art. 21 Abs. 1 verschoben hat, sollte nicht vorschnell als Krise demokratischer Grundlagen beklagt werden.

Die Parteien — Sprachrohr eines mündig gewordenen Volkes?

Hier ist ein thematischer Ansatz für politische Erwachsenen- und Jugendbildung gegeben, der viele schiefe Vorstellungen zurechtrücken und die Kritik an den Parteien auf das Notwendige und Mögliche richten würde. In welchem Maße die derart öffentlich privilegierten politischen Parteien unter den heutigen Bedingungen ihrer Aufgabe gerecht werden, dem „mündig gewordenen Volk“ als „Sprachrohr“ zu dienen, ist eine über demokratische Existenz letztlich entscheidende Frage, die nicht aus der öffentlichen Diskussion gedrängt werden darf.

Niemöller befürchtet die diktatorische Monopolisierung der Einfluß- und Entscheidungspositionen und die Manipulation und Unterdrückung von Wählermeinung und Wählerwillen. Aus den Parteien lauten die Klagen anders. Ihre Repräsentanten lassen mitunter ihr Unbehagen über die angebliche Zwangslage durchblicken, sich den expansiven Erwartungen ihrer Anhänger und potentiellen Wähler durch Wahlgeschenke und unrealistische Versprechungen anpassen zu müssen. Es gibt Phänomene, die diese Befürchtungen zu rechtfertigen scheinen. Ein innenpolitisches Beispiel hat kürzlich Professor Eschenburg kommentiert (Die Zeit v. 12. 3. 1965) Er kritisiert die „unredliche Frisierung des Haushaltsplans“ und sieht das „entscheidende Motiv“ dafür in der „Wahlwerbung“: „Die hier vorgenommenen Manipulationen gehen an die Grenze der Verfassungswidrigkeit, wenn sie diese Grenze nicht sogar überschritten haben. An ihr sind nicht nur Kanzler und Finanzminister schuld, sondern alle Parteien ohne Ausnahme, gleichgültig wie sie im Plenum abgestimmt haben.“ Er ist überzeugt, daß in der nächsten Legislaturperiode und unter jeder Koalition eine Steuererhöhung „wie das Amen in der Kirche“ kommen werde. — Ein Beispiel für die Außenpolitik illustriert das Plakat der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 mit dem Motto „Erbe und Auftrag“, das dem Karlsruher Parteitag der SPD als Hintergrund diente. Ein Zugeständnis an bestimmte Wählergruppen? Ein Versuch, ostpolitische Fiktionen auf der Durststrecke bis zu den Wahlen ausdrücklich zu konservieren, in der Erkenntnis, sie danach abbauen zu müssen, am ehesten mit Hilfe der großen Koalition — wie sollte es sonst zu schaffen sein? Vertreter dieser Partei berufen sich bisweilen, darauf angesprochen, auf die Befürchtung, bei einer realistischen Beurteilung der Möglichkeiten vom politischen Gegner zu Verzichtspolitikern herabgesetzt zu werden. Stimmt diese Befürchtung? Darf sie Rechtfertigung sein?

Wir bezweifeln, ob die Parteiführungen und Techniker des Wahlkampfes, soweit sie dem Wähler nur dies geringe politische Urteilsvermögen zutrauen, ihre Erfolgchancen richtig kalkulieren. Die öffentliche Meinung entfaltet sich durchaus auch aus originären Impulsen und bewegt sich mitunter nach Kriterien, die sich allen Steuerungskünsten der Parteien entziehen. Unsere Parteien — auch die Mitgliederpartei der Sozialdemokratie — sind keineswegs bereits so in ihr verankert, daß sie kritische oder dissentierende Stimmen und Strömungen in ihrer Bedeutung immer rechtzeitig erkennen oder integrieren könnten. Es wäre fatal für das Ansehen unserer Parteien, wenn sich außerhalb von ihnen Meinungen formierten, die beispielsweise, ausgelöst durch ein kritisches Ereignis, mit unerwarteter Vehemenz für den unbedingten Vorrang der Währungsstabilität optieren und in parlamentarischen Wahlgeschenken nicht mehr den eignen Nutzen, sondern vielmehr dessen Gefährdung sehen würden. Es wäre ebenso fatal für das Ansehen unserer Parteien, wenn ihre offiziellen Wahlparolen zur Ostpolitik durch die öffentliche Meinung überspielt würden. Man beachte nur, mit welcher Erleichterung von vielen Seiten die stufenweisen Ergebnisse unser flexibel gewordenen Handels- und Kulturpolitik mit unseren näheren und fernerer östlichen Nachbarn begrüßt wurden. Es wächst einfach in unserem Lande die Befürchtung — übrigens auch in den Vertriebenenorganisationen —, daß der Stil der Deklamationen faktisch zum außenpolitischen Immobilismus und — angesichts des gleichzeitigen Fortgangs der internationalen Politik — zur weitgehenden Isolierung führen könnte.

Wir wollen nicht mißverstanden werden. Es sollen hier neuralgische Punkte angesprochen werden. Jeder sachliche Beobachter wird zugeben, daß die heutigen Bedingungen des Wahlkampfes die Parteien unter einen gewissen Konformitätszwang im Gebrauch schematisierender Werbetechniken, vereinfachender Parolen und publikumswirksamer Politik stellen. Die Parteien müssen alle ihre Wettbewerbschancen nützen, und auch Wahlparolen und Wahlgeschenke können Verhüllungen einer sinnvollen, dem Allgemeininteresse dienlichen Politik sein. Die Gefahr liegt in der Möglichkeit, daß sich aus diesen Wahlkampfpraktiken ein eigengesetzliches System entwickelt, dessen Mechanismen von Managern gesteuert und dessen Inhalte sich nicht mehr in eine Gesamtkonzeption fügen, die berücksichtigt, aus welcher Vergangenheit unser Volk wiederaufgestiegen ist und welche Erfahrungen es für seine Neuorientierung nie aufgeben darf. Hier hat auch Niemöllers Sorge, unabhängig von seiner gegenständlichen Kritik, eine tiefe Berechtigung.

Die stete Vermittlung dieser historischen Substanz bleibt eine zentrale Aufgabe politischer Bildung, deren bevorzugte Instrumente nicht erst seit ihrer staatlich geregelten Finanzierung die Parteien sind. Sie verfügen über die optimalen Mittel praktischer Überzeugungskraft. Der Wahlkampf sollte von ihnen als die günstigste Gelegenheit politischer Bildungsarbeit genutzt werden. Sicher verlangt das Mut und ist nicht ohne Risiko. Aber uns scheint, der Wähler wird das honorieren. Wir sollten ihm zutrauen, daß er bereit und imstande ist, in eine demokratische Willensbildung einzutreten, die aus dem Austausch von Informationen und Meinungen zu Entscheidungen führt. Die Parteien sollten darin vorangehen.

Ein Beitrag zum Menschenbild der CDU

Nachstehende Überlegungen sind aus den Gesprächen eines interkonfessionellen Arbeitskreises in Stuttgart entstanden. Zugrunde lag ein Referat von Dr. med. Dr. theol. Rudolf Affemann. Es ist nicht verwunderlich, daß der Arbeitskreis in einigen Punkten keine Übereinstimmung erzielen konnte. Dies gilt für die Frage nach dem Umfang einer christlichen Wertlehre und die Bestimmung ihrer einzelnen Normen, wie auch für die Frage, wie „christliche Verantwortung“ definiert werden könne.

Wir freuen uns, die Überlegungen des Arbeitskreises zur Diskussion stellen zu können und bitten unsere Leser um Stellungnahmen.
Die Schriftleitung

Aus einer christlichen Wertlehre können nicht mit hinreichender Klarheit politische Sachkonzeptionen abgeleitet werden. Die christliche Ethik besagt nur zu oft, was nicht passieren darf. Sie zeigt vor allem im politischen Raum nicht deutlich umrissen an, was geschehen soll. Christliche Ethik liefert häufig mehr Auskünfte über den politischen Weg und den politischen Stil, als über das politische Ziel. Die „christliche Verantwortung“ wiederum ist eine subjektive Angelegenheit. Sie kann nur formal, jedoch nicht material bestimmt werden. Aus beiden Gründen war es also unmöglich, ein geschlossenes und zugleich verwirklichtbares Konzept zu formulieren.

Deshalb wird hier versucht, eine Konzeption der CDU vom Menschenbild aus zu entwerfen. Wenn politisches Handeln reflektiert geschieht, zielt es auf eine bestimmte Auffassung vom Menschen ab. Der sich seiner Tätigkeit bewußte Politiker will in seinem Werk die Voraussetzungen schaffen, daß der Mensch — so wie er ihn versteht — Mensch sein und Mensch werden kann. Aber auch eine unreflektierte Politik prägt den Menschen. Sie lenkt ihn in eine bestimmte Richtung, die oft seiner Weltanschauung widerspricht.

Verantwortliche, gezielte Politik muß ausgehen vom Wesen des Menschen, den die politische Aktivität zu fördern gedenkt. Erwägungen zum Menschenbild der CDU liefern somit eine feste Zielvorstellung christlicher Politik. Dabei ist die christliche Wertlehre dem christlichen Menschenbild ein- und unterzuordnen. Dieses Verfahren erscheint legitim, denn jede Ordnung hat nur den Sinn, daß der Mensch Mensch sein und werden kann. Mensch sein und Mensch werden ist im christlichen Verständnis allein im Gehorsam Gott gegenüber möglich. Der anthropologische Ansatz der Politik wird der CDU zugleich größere Eindeutigkeit in ihren Zielen, also in ihrem Konzept und in der Wahl der Wege zu diesem Ziel verleihen. Wenn wir das Ziel genau kennen und es scharf ins Auge fassen, sind wir in der Lage, auf frühere politische Wege, die zu anderen Zeiten das gleiche Ziel anstrebten, zu verzichten und sie durch zeitgemäße Wege zu ersetzen.

Auch in einer anderen Hinsicht gewinnt die CDU auf diese Weise Freiheit: Sie ist imstande, all die Kräfte mitarbeiten zu lassen, die ihre Ziele teilen, die demnach

mit den Grundzügen ihres Menschenbildes übereinstimmen. Das Motiv, aus dem heraus diese Kräfte jenen von uns vorausgesetzten Menschen anstreben, und ihr geistiger Standort sind dabei für uns von nachgeordneter Bedeutung. So können auch Nichtchristen in unserer Partei mitwirken. Die CDU wird allerdings davon leben, daß es in ihr Christen gibt, die in allen Stücken unser Menschenbild vertreten und aus ihrer persönlichen Verantwortung gegenüber Gott bei seiner politischen Verwirklichung mithelfen.

Der Mensch als Individualität

Die Individualität des Menschen zeigt sich bereits im Körperlichen. Im seelisch-geistigen Bereich ist die Verschiedenartigkeit der einzelnen Menschen noch viel stärker entwickelt. Gewiß weisen alle Menschen Gemeinsames auf. Bei allen Einzelwesen sind aber die ihnen gemeinsamen Züge in besonderer Weise kombiniert und verschieden stark verteilt. Darin besteht ihre Einzigartigkeit. Angelus Silesius sagt: „In jedem Menschen liegt ein Bild des, das er werden soll. Solange er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll.“ Tiefenpsychologische Forschungen bestätigen die Gültigkeit dieses Wortes. In jedem Menschen ist ein eigenes „Modell“ gegeben, wie wir heute statt Bild gerne sagen. Dieses „Modell“ beinhaltet alle im Individuum angelegten Möglichkeiten. Es strebt danach, sie im Leben zur Verwirklichung zu bringen. Denn es stellt die Verkörperung und Vorwegnahme der Individualität des Menschen dar. Vollzieht sich die Entwicklung des Menschen gemäß seinem Bilde von sich selbst, so befindet er sich in Übereinstimmung mit sich selbst. Dieses Bei-sich-sein empfindet er als Frieden, als Glück. Gott hat die Menschen als unvertauschbare Wesen geschaffen. Er pflanzte das Modell ihrer selbst in sie ein. Gott bestimmte den Menschen, der zu werden, der er ist. Die möglichst umfassende Ausgestaltung der dem Einzelwesen aufgetragenen Individualität muß als wesentlichste Aufgabe des Menschen betrachtet werden. Die Politik hat hierfür die Voraussetzungen zu schaffen und zu garantieren.

Christliche Politik muß demnach gegen jede Form von Kollektivierung eintreten. Sie hat auf Eigenständigkeit im Sein, im Bewußtsein und in der Meinungsäußerung hinzuwirken. CDU-Politik muß sich davor hüten, auf eine uniforme Christlichkeit hinzuwirken. Entscheidend ist, ob die Christlichkeit des einzelnen Ausdruck seiner Individualität darstellt, d. h., ob er sich das Überlieferte in persönlicher Auseinandersetzung zu eigen machte, oder ob es den Niederschlag der überkommenen christlichen Traditionen darstellt. Christliche Politik, welche von der vorgegebenen Eigenart des Individuums ausgeht, ist der Feind jeder Art von Konformismus, auch eines christlichen oder christdemokratischen.

CDU-Politik sollte, besonders in der Gegenwart, um Entfaltung der Unverwechselbarkeit des Menschen bemüht sein. Eine ganze Anzahl von mächtigen Strömungen arbeiten heute an der Vermassung des Menschen.

Technik und Massenproduktion streben eine immer stärkere Typisierung der uns umgebenden Gegenstände an. Die Güter, mit denen wir umgehen, prägen uns. Die Massenmedien beeinflussen Millionen von Bürgern in gleicher Weise. Die Reportage einer großen Illustrierten wird von vielen Millionen Lesern aufgenommen. Gleiche Verbrauchergewohnheiten werden erzeugt, gleiche Verhaltensweisen auf allen Lebensgebieten entstehen. Unsere heutigen Verkehrsmittel führen zu einem Aneinanderdrücken der Welt und damit zur Angleichung.

Ohne bewußte Erziehung zur Individualität wird sich der Mensch gegen die nivellierenden Mächte nicht zu behaupten vermögen. Hier muß christliche Politik die Weichen stellen. Zuerst einmal gilt es, alle politischen Bestrebungen anderer Parteien abzuwehren, welche auf Gleichmacherei hinauslaufen. Es ist notwendig, an dieser Stelle äußerst wachsam zu sein. Viele Verlautbarungen stimmen scheinbar mit dem hier Entfalteten überein. In Wirklichkeit zielen sie aber von ihrem geistigen Hintergrund her auf die Vermassung des Menschen.

Auf dem Gebiet der Bildungspolitik kann Entscheidendes zur Förderung der Individualität des Menschen geschehen. Die zu formulierende Bildungskonzeption der CDU muß dem große Aufmerksamkeit schenken. Auf der einen Seite ist dem Menschen durch unmittelbare Maßnahmen zu helfen, sein Wesensbild zu entfalten. Das hat vorzugsweise in Familie und Schule zu geschehen. Darum ist es Hauptaufgabe christlicher Familienpolitik, die Familie zu schaffen, welche ein Höchstmaß an Selbstwerdung des Kindes ermöglicht. Auf der anderen Seite muß der Mensch mittelbar durch Gestaltung seiner Umwelt befähigt werden, sich als Mensch zu verwirklichen. Hier liegen Aufgaben der Raumordnung und Stadtplanung. Der Mensch ist weit stärker, als wir meinen, das Produkt der sogenannten unbewußten Erziehung. Uniforme Siedlungen, wie sie seit Kriegsende in großer Zahl gebaut werden, müssen den Menschen nivellieren.

CDU-Politik geht somit von der Verschiedenartigkeit des Menschen aus und führt zu ihr hin. Sie steht im Widerspruch zu allen Entwürfen, welche auf Gleichheit der Menschen als Mangel an Unterschiedlichkeit aufbauen. Es gibt durchaus Gemeinsamkeiten aller Menschen. Sie schließen jedoch ihre Verschiedenartigkeit nicht aus, sondern ein. Differenzen in den Anlagen der Menschen bedingen einen verschiedenen Verlauf ihres Lebens und ein unterschiedliches Maß an Glück. Wer reiche Begabungen besitzt und über schlechte Startbedingungen verfügt, bedarf einer umfassenderen staatlichen Förderung als ein Schwachbegabter, der von der Familie stark unterstützt wird. Die Hilfe muß also personal und organisch angepaßt sein. Mechanistische Unterstützung ist abzulehnen. Über die Hilfe zum Ergreifen der eigenen Möglichkeiten hinaus kann es nicht Aufgabe einer christlichen Politik sein, den Menschen dafür zu entschädigen, daß er weniger gut ausgestattet wurde als seine Mitmenschen. Christliche Anthropologie weiß nichts von einem Anspruch des Menschen auf Glück. Was Gott nicht gibt, kann der Staat nicht gewährleisten. Da dem Menschen Grenzen seiner Möglichkeiten gezogen sind, ist es auch Aufgabe der Politik, ihn zur Anerkennung und Aussöhnung mit den Grenzen seiner Indivi-

dualität zu führen. Politik muß sich davor hüten, den Menschen durch Zusicherung immer neuer Ansprüche auf öffentliche Leistungen maßlos und unzufrieden zu machen und ihn dadurch aus seiner Eigenverantwortlichkeit zu entlassen. Christliche Politik hat darauf hinzuwirken, daß der Mensch die ungleichen Chancen die uns Gott mitgegeben hat, annimmt. Unsere Politik hat dem Menschen dabei zu helfen, daß er die Grenzen des ihm Zugeteilten zu erreichen und zu respektieren vermag. Demütige Bescheidenheit ist unmodern, unpopulär und dennoch entspricht sie dem christlichen Menschenbild. Selbstverständlich muß die Gemeinschaft auch dem Schlechtausgestatteten ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Demokratie setzt mündige Bürger voraus. Mündig ist der, welcher eigenständiges Sein und eigene Meinung erworben hat. Ohne Ausbildung der Individualität kann es keine von den Bürgern vollzogene Demokratie geben. Die Regierungsform des Menschen, der aus der Verflechtung in das Kollektiv nicht zu seinem eigenen persönlichen Sein vorzudringen vermochte, ist der absolute Staat. Gelingt es uns nicht, durch christliche Politik die Verwirklichung der Individualität zu fördern, so ist die Gemeinschaft totalitären Strömungen gegenüber in Gefahr.

Angriffe auf die Individualität des Menschen sind folglich Angriffe auf das innere Funktionieren der Demokratie. Jede Form von Kollektivierung entzieht der Demokratie den Boden. Auch sozialistische Kollektivierungstendenzen gefährden auf weite Sicht die Demokratie. Immer, wenn der Einzelmensch hinter der Gesellschaft zurücktritt, ist die Demokratie in Gefahr. Aber gerade diese Schwerpunktverschiebung von Mensch zur Gesellschaft unternimmt die Sozialdemokratie, die sich nicht von ungefähr soziologischer Vorstellungen und Begrifflichkeit bedient.

Der Mensch als Gesellschaftswesen

Als Individualität ist der Mensch auf den Mitmenschen hin verfaßt und stellt so einen Teil der Gesellschaft dar. Ohne Gemeinschaft ist es dem Menschen unmöglich, Mensch zu werden. Gleichzeitig gebietet ihm seine Bestimmung, als der einmalige Mensch, welcher er ist, seine Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen wahrzunehmen. Das Kind vermag sich nur dann seelisch-geistig zu entwickeln, wenn es in einem lebendigen inneren Austausch mit den Eltern steht. Bereits das Fehlen eines Elternteils schafft ernsthafte Probleme für die Selbstwerdung des Kindes. Wenn beide Eltern den ganzen Tag zur Arbeit gehen und das Kind der Heimerziehung überlassen, sind immer seelisch-geistige Schäden die Folge. Eltern und Leben-in-der-Familie sind für die Menschwerdung unersetzbar. Deshalb muß Pflege der Familie und Schutz der Familie eines der wichtigsten Ziele christlicher Politik sein. Wir müssen darauf hinwirken, daß Mütter von Kindern im Vorschulalter den ganzen Tag bei ihren Kindern bleiben. Auch ein entsprechender äußerer Rahmen ist der Familie zu garantieren. Die Gemeinschaft hat dafür zu sorgen, daß genügend familiengerechte Wohnungen zu erschwinglichen Preisen ge-

baut werden. Kinderreiche Familien sind besonders zu fördern.

Auch später wächst der Mensch nur in dem Maß, in dem er offen für den anderen bleibt und tiefere Begegnungen mit anderen Menschen erlebt. Die äußeren Kontaktmöglichkeiten müssen dem Menschen durch die Politik offengehalten werden. Hier liegen Aufgaben der Stadtplanung, Städtebau, welcher den Menschen isoliert und ihm die Kommunikation zum Mitmenschen erschwert, entmenscht den Menschen. Gleichzeitig muß christliche Politik den Einflüssen entgegentreten, welche ihm die innere Offenheit zum Du hin nehmen.

Der einzelne lebt vom Nächsten her, und es ist ihm aufgetragen, zum Nächsten hin zu leben. Die moderne technische Welt versachlicht, technisiert die mitmenschlichen Beziehungen. Die CDU hat für eine Bildung Sorge zu tragen, die den Menschen zur Verantwortung für den Mitmenschen erzieht. In der Konsumgesellschaft wird der Mensch mehr und mehr zu einem Konsumartikel und zum kalkulierbaren Objekt gemacht. Hier besteht ein ernstes kulturpolitisches Problem. Die Verkehrung des Du zum Es scheint in unseren Tagen stärker zu werden. Sie ist jedoch keine Erfindung der Neuzeit. Der Kapitalismus hatte — und hat — seine Verdinglichung des Menschen. Für ihn war der Mensch ein Produktionswerkzeug. Auch in der sozialen Marktwirtschaft stellt der Arbeitnehmer oft mehr Arbeitskraft als Mitmensch dar — selbst wenn man von ihm als „Mitarbeiter“ spricht. Echte menschliche Beziehung ist nur in einem Partnerschaftsverhältnis möglich. Partnerschaft bedeutet nicht, daß beide gleichberechtigt, sondern daß sie gleichwertig sind. Verschiedenheit in der Funktion hat verschiedene Rechte und verschiedene Pflichten zur Folge. Innerhalb der Grenzen seiner Möglichkeiten hat der Arbeitnehmer Mitverantwortung zu tragen und sollte am Gewinn beteiligt sein.

Individualität darf nicht mit Individualismus verwechselt werden. Der Mensch ist zugleich Einzelwesen und Gesellschaftswesen. Übersieht man letzteres, ist schrankenloser Individualismus die Folge. Hier stellt sich der Mensch außerhalb der Gesellschaft. Der Individualist erhebt selbstverständlich Anspruch auf die Vorteile, welche die Gemeinschaft ihm ermöglicht. Er ist jedoch nicht bereit, Pflichten zu übernehmen, die ihm aus seinem Gemeinschaftsbezug erwachsen. Dieser Individualismus breitet sich heute zusehends aus. Zwischen dem Individualismus, der sich wohl aus den Grundkonzeptionen der FDP ergibt, und dem Kollektivismus der SPD hat die CDU einen Weg zu finden, auf dem der Mensch zugleich Individualität wie Gesellschaftswesen zu sein vermag.

Der Mensch als Partner Gottes

Gott hat den Menschen geschaffen und auf sich bezogen. Deshalb drängt das Herz des Menschen durch alle Lebensvollzüge hindurch auf Gott hin. Der Mensch hat daher eine dreifache Bestimmung. Er soll:

1. sein in ihm angelegtes einzigartiges Bild ausgestalten,
2. als Individualität soll er den Mitmenschen dienen, und
3. dabei zu Gott hinfinden.

Die Urbestimmung des Menschen zur Gemeinschaft mit Gott verwirklicht sich dadurch, daß er sich bis in die Tiefe hinein Gott anvertraut und seinen Willen erfüllt. Das Zeugnis der Offenbarung verweist den Menschen auf die Person Gottes. Im Glauben ist der Mensch nicht auf irgendwelche christlichen Inhalte, also auf Ordnungen und Werte, sondern auf Gott selbst bezogen. Die Aufgabe christlicher Verkündigung, christlicher Erziehung und christlicher Politik darf es folglich nicht sein, den Menschen auf christliche Werte und Ordnungen auszurichten. Sie hat vielmehr die Gemeinschaft mit dem lebendigen Gott zu ermöglichen. Diese Unterscheidung ist von wesentlicher Bedeutung. Der Mensch ist ohne weiteres in der Lage, christliche Verhaltensweisen anzunehmen und zu achten, ohne die Gemeinschaft mit Gott zu suchen. Respektierung christlicher Werte allein erzeugt nur zu oft das Gegenteil von christlichem Glauben, nämlich christlichen Pharisäismus. Werden dem Menschen nur christliche Sachverhalte und Verhaltensformen nahegebracht, so benutzt er sie als Orientierungshilfe zu einem angepaßten Verhalten. Dabei setzt er sein Vertrauen allein auf das eigene Vermögen. Für Gott, der mehr ist als Begriff und Vorstellung des Menschen, bleibt auf diese Weise kein Platz.

Christliche Politik ist nicht schon deshalb christlich, weil sie in ihrem Glaubensbekenntnis von christlichen Werten und ähnlichem spricht und weil sie die Rechte der Kirchen gewährleistet. Sie ist es nur, wenn sie die Voraussetzungen schafft, daß der Mensch nach seiner ihm von Gott gesetzten Bestimmung zu leben imstande ist. Christliche Politik ist auch nicht bereits deshalb christlich, weil sie z. B. für Konfessionsschulen und für Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen eintritt. Sie ist es nur, wenn sie darüber hinaus dem Bürger die innere und äußere Freiheit offenhält, sich glaubend zu Gott hinzuwenden. Nur darum darf es uns gehen und nur von daher müssen die Formen christlicher Erziehung auch in der Schule gestaltet werden.

Aus zwei Gründen, welche in der Entwicklung des modernen Lebens liegen, müssen wir christlichen Formen und Gehalten gegenüber, welche die Existenz des Menschen nicht berühren, skeptisch sein. In der geschlossenen geistigen Welt früherer Jahrhunderte war der Mensch in ein intaktes, umfassendes System christlicher Normen eingebettet. Diese kollektive Welt trug und prägte ihn. Mit dem Aufkommen der pluralistischen Gesellschaft zerbrach die tragende Funktion allgemeiner Christlichkeit. Christliche Erziehung, welche nur im alten Stil prägen will, hat in der pluralistischen Gesellschaft keine Chance. Heute zeigt sich ein starker Trend, die angeklebte Christlichkeit abzustoßen. Vor der zunehmenden Entchristlichung ist Zuflucht zur christlichen Prägung der Gesellschaft nicht mehr möglich. Nur personaler Glaube vermag sich demgegenüber zu behaupten.

Glauben zu wirken, ist Aufgabe der Kirchen. Glauben zu ermöglichen, ist Aufgabe christlicher Politik. Die Fähigkeit zur Hingabe an ein Du wird heutzutage dem Menschen mehr und mehr genommen. Die rational-technische Welt erzieht atmosphärisch zur rationalen Durchdringung, zur Planung, zur Manipulation. Damit macht sie den Menschen zunehmend unfähiger, sich vertrauend

der Gemeinschaft, dem Mitmenschen und Gott gegenüber zu öffnen. Was die anonymen Erzieher den Menschen an Hingabefähigkeit rauben, muß eine bewußte Erziehung zur Hingabefähigkeit ersetzen. Was nutzt es, viel von Gott und dem christlichen Glauben zu wissen, wenn der Mensch ängstlich in sich verhaftet bleibt. Christliche Politik muß daher gegenüber den bedrohenden Mächten der Gesellschaft in erster Linie dem Menschen die Fähigkeit erhalten, Verantwortung zu übernehmen, sich in der Liebe an den Mitmenschen hinzugeben und Gott zu dienen.

Der Mensch als Sünder

Sünde ist mehr als Unmoral. In der Sünde empört sich der Mensch dagegen, Gott als Herrn zu haben, dem er Verantwortung schuldet. Als Sünder setzt er sich an die Stelle Gottes. Er erhebt sich über sich selbst und seine Mitmenschen. Sünde ist mehr als ein Mangel an menschlicher Reife und Vollkommenheit. Die Ursachen jenes Mangels sind also nicht in menschlichen Verhältnissen zu suchen und daher nicht durch politisches Handeln zu beseitigen. Erlösung von der Sünde ist folglich nur von Gott her möglich.

Hauptfeind dieser Auffassung waren zu allen Zeiten idealistische Anthropologien. Sie bilden die tragenden Grundlagen der Ideologien des 19. Jahrhunderts und wirken auch heute noch in Liberalismus und Sozialismus nach. In ihnen erscheint das Böse als Unwissenheit: Als unzureichende Einsicht in das eigene Böse und als unzureichende Erkenntnis des Guten. Dahinter steht die naive Meinung, Erkenntnis des Guten nötige zum Tun desselben. Diese Auffassung bildet ein entscheidendes Element des liberalen und sozialistischen Menschenbildes. Weil hier der Mensch aus Mangel an Wissen und Bildung böse ist, muß sich die Erziehung im bildungspolitischen Konzept der FDP und der SPD in Ausbildung der intellektuellen Fähigkeiten, in Aufklärung und im Vermitteln von Wissen erschöpfen. Wissensgläubigkeit und Wissenschaftsvergottung von FDP und SPD ergeben sich aus dieser Sicht des Menschen zwangsläufig. Das Bildungskonzept der CDU muß sich davon grundlegend unterscheiden. Es ist zwar auch auf Entfaltung der Funktionen des Bewußtseins und auf Übermittlung von Kenntnissen bedacht. Es wird sich jedoch nicht darauf beschränken. Darüber hinaus muß es größten Wert darauf legen, daß es den Menschen möglich ist, das Gute im Gehorsam gegen Gott und in Verantwortung den Mitmenschen gegenüber zu verwirklichen.

Der Sozialismus behauptet außerdem, das Böse liege ebenso in den schlechten äußeren Verhältnissen begründet. Abschaffung der Not mache aus sich heraus den Menschen zwangsläufig besser. Auch hier wird das Wesen des Menschen wieder oberflächlich-optimistisch verkannt. Besserung der sozialen Verhältnisse allein kann das Böse nicht aus der Welt schaffen und vermag letztlich auch das Glücksbedürfnis des Menschen nicht zu stillen. Daß Wohlstand den Menschen nicht unbedingt besser macht, beweist die Wohlstandskriminalität.

Konsequenterweise kann der Sozialismus mit Christus, der die Menschen von der Sünde erlöst, nichts anfangen. Christus dient hier bestenfalls als Entwicklungshelfer.

Aufgabe der Kirche aber ist nicht mehr Vergegenwärtigung des Heilshandelns Gottes, sondern Unterricht in Ethik. Aus seinem Wesen heraus muß der Sozialismus bei aller Toleranz, den Kirchen die Grundlage ihres Wirkens entziehen.

Am eindeutigsten findet man die Meinung, der Mensch sei an sich gut und nur durch die schlechten Verhältnisse der Gesellschaft verdorben, im Kommunismus. Das Heilmittel ist Abschaffung des Kapitalismus. Es wird nicht bestritten: Günstige äußere Verhältnisse sind bei gleichzeitiger entsprechender Bildungsbemühung um den Menschen geeignet, ihn bis zu einem gewissen Grade besser zu machen. Dem Bösen im letzten Sinne kommt man jedoch auf diese Weise nicht bei. Hiervon kann der Mensch nur erlöst werden.

Echte Sünde erzeugt echte Schuld. Weil das sozialistische Menschenbild das Böse als Folge ungünstiger Umstände betrachtet, kann es für den Sozialismus keine echte Schuld geben. Das wirkt sich vor allem im Strafrecht aus. Dem christlichen Menschenbild zufolge ist Schuld wirkliche Schuld, für welche der Schuldige Verantwortung zu übernehmen hat. Jede oberflächliche, idealistische Verkenning des Bösen gefährdet die Gemeinschaft.

Nach christlicher Botschaft ist jeder Mensch ein Sünder. Gott wertet nicht nur das Tun, sondern auch das Trachten des menschlichen Herzens. Dieser Tatbestand, daß alle Sünder sind, macht alle vor Gott gleich. Auch darin besteht die Gleichheit der Menschen.

Der Mensch als freies Wesen

Als Geschöpf Gottes ist der Mensch wesengemäß frei. Im Menschen bedingt das Körperliche das Seelische, das Seelische das Geistige. Die höhere Schicht setzt die darunter befindliche voraus, ohne darauf reduzierbar zu sein. So besitzt der Geist gegenüber der Seele und die Seele gegenüber dem Körper ein gewisses Maß an Freiheit. Als freie Person lebt der Mensch in der Gesellschaft, unterliegt ihrem gestaltenden Einfluß, ohne aber eine Funktion der Gesellschaft zu sein. Er wird von ihr geprägt und prägt sie zugleich.

Wieviel Freiheit hat nun der Mensch? Ihm ist nicht die Freiheit Gottes zu eigen. Der Mensch vermag nicht durch Willensentschluß aus dem Nichts neue Wirklichkeiten zu schaffen. Seine Entscheidungen bedürfen der Voraussetzungen. Der Mensch ist darauf angewiesen, zwischen disponierenden Faktoren zu wählen und sie zu gestalten. Der Mensch verfügt über weniger Freiheit, als die Idealisten meinen, jedoch über mehr Freiheit als die Deterministen glauben.

Dem Menschen ist kein unveränderliches, festes Maß an Freiheit zugeordnet. Es gibt auch keinen Raum an Freiheit, welcher sicherer, unverlierbarer Besitz wäre. Die Freiheit des Menschen kann durch äußere, aber auch durch innere Umstände verlorengehen. Jedoch kann der Bezirk innerer Freiheit auch offengehalten und ausgedehnt werden. Das ist dem Menschen aber nur in bestimmten Grenzen durch eigenen Willensentschluß mög-

lich. Freiheit wird dem Menschen eröffnet aus und in der Begegnung mit den Mitmenschen und mit Gott.

Nur in dem Umfang, in welchem das Kind von seinen Eltern geliebt wird, kann es wieder lieben. Wird es abgelehnt, so verkapselt es sich und büßt die Fähigkeit ein, seinen Sinn als lebendiges Glied der Gemeinschaft zu verwirklichen. Ein solcher Mensch, dem die Freiheit, ein Du zu lieben, verloren ging, der unter dem Zwang steht, sich selbst lieben zu müssen, muß durch Erfahrung echter Menschlichkeit zur Fremdliebe befreit werden.

In der modernen Gesellschaft wird der Mensch zunehmend zum Es gemacht. Er ist in erster Linie ein Konsumfaktor. Hier wirken Absichten der Wirtschaft und Folgen der Tätigkeit mancher Massenmedien zusammen. In den Sex-Serien der Illustrierten stellt der Sexualpartner eindeutig ein Mittel dar, mit dem man sich befriedigt. Dadurch wird die Geschlechtlichkeit ihres duhaften Charakters beraubt. So verliert der Nur-Konsument seine Freiheit als Person.

Der Staat darf sich nicht darauf beschränken, die äußere Freiheit des Menschen zu garantieren. Ein Mensch kann im Besitz aller demokratischen Freiheiten und dennoch unfähig sein, sie zu gebrauchen. Äußere Freiheit verträgt sich sehr wohl mit innerer Unfreiheit. Hier liegt eine der größten Gefahren der modernen Demokratie: Bei aller formalen Freiheit geht dem Bürger die innere Freiheit verloren. Die Gefahr des inneren Freiheitsverlustes liegt noch nicht darin, daß der Mensch von der Wirtschaft und den Massenmedien manipuliert wird, sondern vielmehr darin, daß er bei anhaltender Manipulation unfähig wird, ohne sie auszukommen. Noch tödender für die Freiheit ist die Entmenschlichung menschlicher Beziehungen. Es ist daher Aufgabe christlicher Politik, den Mächten entgegenzuwirken, die den Menschen seiner inneren Freiheit berauben, und zugleich Kräfte zu fördern, die seine Freiheit mehren. Allein durch die Bewahrung der inneren Freiheit wird die Demokratie zum Hort der Freiheit.

Freiheit versteht man im allgemeinen als Freiheit wovon. Das Wesen der Freiheit wird jedoch erst richtig erkannt, wenn man ihres zielgerichteten Charakters innert. Das Freisein von Mächten äußerer Gewalt bildet nur die Voraussetzung, um die so eröffneten Möglichkeiten auf ein bestimmtes Ziel hin wahrzunehmen. Über diese Freiheit „wozu“ erteilen z. B. die politischen Grundsatzklärungen nur unzureichend Auskunft. Dementsprechend gebraucht der Mensch seine Freiheit zu dem, was er will, und nicht zu dem, was er soll. Es ist nur folgerichtig, wenn der einzelne im Schutz äußerer Sicherheit den Sinn seines Lebens in einem Streben nach Konsum und Amüsement versteht. Hier haben die westlichen Demokratien versäumt, ihre Bürger zu einem reifen Gebrauch anzuleiten.

Dem Menschen ist die Freiheit zugeeignet, damit er der werden kann, der er sein soll, als Individualität, als Glied der Gesellschaft und als Du Gottes. Dieses Wissen um den Sinn der Freiheit gilt es festzuhalten. Aufgabe christlicher Bildungsarbeit ist es, Menschen zu erziehen, welche in dieser Weise ihre Freiheit verwirklichen. Christliches Freiheitsverständnis stellt also eine Absage

an den totalen Konsum dar, zu dem der westliche Wohlfahrtsdemokrat seine Freiheit von den Mächten der Diktatur ausnutzt. Auch für christliche Politik ist Konsum gut und notwendig. Er muß jedoch seinen Platz innerhalb der Bestimmung des Menschen erhalten.

Die Kehrseite der Freiheit ist die Ungewißheit, die Unsicherheit, das Risiko und damit verbunden ein gewisses Maß an Angst. Der moderne Mensch strebt nach Freiheit von Angst. Er möchte umfassend gesichert sein. Damit beseitigt er jedoch auch seine Freiheit. Ein Mensch, der im totalen Versorgungsstaat lebt, wird unfähig, Risiken einzugehen. Der vertrauende Schritt in die unberechenbare Zukunft ist ihm nicht mehr möglich. Durch absolute soziale Sicherheit wird der Mensch unfähig, auf seinen Mitmenschen und auf die Führung Gottes hin zu leben.

Der Mut zum Risiko und zum Verlust bildet eine wesentliche Voraussetzung auch der sozialen Marktwirtschaft. Der Unternehmer muß die Freiheit haben, selbst Entscheidungen zu treffen. Der Staat sollte ihm dabei — im Rahmen des Möglichen — mit fundierten Ergebnissen einer zu erwartenden Entwicklung helfen. Betriebe und Industriezweige, die es versäumen, sich rechtzeitig auf neue Gegebenheiten einzustellen, haben daher nicht ohne weiteres das Recht, den Schutz des Staates zu beanspruchen. Protektionismus ist allein im Rahmen des Dirigismus möglich. Der Staat sollte den Betrieben durch frühzeitige Beratung, Finanzhilfe und unter Umständen durch steuerliche Maßnahmen bei der Umstellung behilflich sein. Seine Aufgabe ist es jedoch nicht, unrentable Betriebe unter allen Umständen am Leben zu erhalten. Erst wenn der einzelne nicht mehr fähig ist, für sich selbst zu sorgen, ist die Gemeinschaft zur subsidiären Hilfe aufgerufen.

Totales Plandenken bedroht heute die Freiheit in den westlichen Demokratien. Im Kommunismus tritt der Plan eindeutig an die Stelle der Freiheit. Aber auch im Sozialismus wird der einzelne in gewissem Umfang zum Planerfüller degradiert. Vom christlichen Menschenbild her ist jeder Plan, der die Freiheit des Menschen verkleinert und seine Initiative lähmt, abzulehnen. Wird Planung jedoch angewandt, um die Freiheit des Menschen zu wahren und zu vergrößern, so ist sie zu begrüßen. Diese Art von Planen ist um der Freiheit des Menschen willen nicht nur möglich, sondern nötig. Christliche Politik muß Klarheit gewinnen über die Entwicklungstendenzen unserer Welt, sonst geht die Entwicklung kraft ihrer Eigengesetzlichkeit über den Menschen hinweg.

Auch die CDU war zu wenig der Zukunft zugewandt. Es wurde weithin versäumt, heute schon die Welt von Morgen kennenzulernen und heute schon eine Politik für die Welt von Morgen einzuleiten. Auf dem Gebiet der Bildungspolitik lassen sich die Folgen mangelnder Planung bereits erkennen. Diese Versäumnisse werden zu einer Einschränkung der Freiheit unserer Mitbürger führen. Viele junge Leute werden z. B. in 10, 20 Jahren keine Gelegenheit haben, den erlernten Beruf auszuüben. Für die Erfordernisse und Möglichkeiten einer weitgehend automatisierten Wirtschaft wurden sie nicht ausgebildet.

Der Mensch als geschichtliches Wesen

Der Mensch hat Wesenszüge, welche durch die Zeiten hin unverändert bleiben. Es gibt aber auch Bereiche, die zeitbedingter Entwicklung unterworfen sind. Von seinem Wesen her ist der Mensch von Anfang an zur Gemeinschaft mit Gott bestimmt. Die Formen jedoch, in denen sich diese Gemeinschaft vollzieht, wechseln von Entwicklungsstufe zu Entwicklungsstufe. Zu allen Zeiten ist es dem Menschen aufgetragen, der zu werden, der er ist und seinen Dienst am Mitmenschen zu erfüllen. Seine Anlagen, die er verwirklichen muß, ändern sich aber im Laufe der Zeit.

Hinter dem Wissen um das Überzeitliche des Menschen darf die Tatsache seiner Entfaltung in der Zeit nicht übersehen werden. Man kann z. B. nicht bestreiten, daß sich der Verstand des Menschen in ungeheurer Weise ausgestaltet hat. Durch die Ausbildung des Rationalen wird das Irrationale immer mehr zurückgedrängt. Wird das Irrationale im Menschen jedoch zu sehr durch das Rationale überlagert, so hat der Mensch nicht mehr die Freiheit, mit dem Irrationalen außerhalb seiner selbst — besonders mit Gott — in Verbindung zu treten. Daher muß dafür gesorgt werden, daß Wirklichkeiten des Menschen, die durch historische Einflüsse stärker wuchsen, andere Gelegenheiten im Menschen nicht zerstören. Hier stellen sich Aufgaben vor allem für die Bildungspolitik.

Im Zuge seiner Entwicklung ändert der Mensch seine Umwelt. Die geänderte Umwelt wirkt aber wandelnd auf ihn zurück. Auch Ordnungen des Zusammenlebens, selbst ethische Werte sind diesem geschichtlichen Umbruch ausgesetzt. Überlieferte Formen und Normen müssen also daraufhin untersucht werden, ob sie in einer neuen Epoche den Menschen in seiner Selbstverwirklichung behindern oder fördern.

Der Auftrag an den Menschen als geschichtliches Wesen lautet somit: In der sich wandelnden Zeit und wandelnden Welt jeweils der zu werden, der er ist. Er muß ein

zeitbezogenes Sein entfalten, ohne daß das Überzeitliche in ihm beeinträchtigt werden darf. Als der, der er ist, muß er sich auf die Evolution der Welt einstellen. Der Mensch darf sich ihr jedoch nicht einfach anpassen. Tut er es, so büßt er seine Freiheit ein. Er wird dann zu einer Funktion des Zeitgeistes. Der Mensch hat die Entwicklungsprozesse der Welt zu steuern und sie so weiterzuführen, daß sie ihm helfen, seiner Verantwortung in der Geschichte gerecht zu werden. Das ist nur möglich, wenn er nicht an dem vertrauten Alten festhält, sondern offen zum Neuen lebt.

Die dabei auftretenden Probleme vermag der einzelne nicht im Alleingang zu lösen. Hier hat die Gemeinschaft ihre politische Kraft zu mobilisieren. Es ist daher Aufgabe christlicher Politik, das Überzeitliche des Menschen zu wahren. In diesem Sinne ist sie konservativ. Sie muß den Tendenzen entgegentreten, welche das eigentlich Menschliche bedrohen. Gleichzeitig muß sie zukunfts offen sein. Sie hat die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Mensch in einer neuen Welt seine Aufgaben zu erfüllen vermag. Sie muß ihn rechtzeitig auf die Anforderungen von morgen vorbereiten. In diesem Sinne ist christliche Politik progressiv.

In der Vergangenheit war die CDU zu konservativ und zu wenig progressiv. Sie hielt viele Ordnungen für überzeitlich, die tatsächlich historisch bedingt waren. Dadurch ist die CDU in Gefahr, den Anschluß an die moderne Welt zu verlieren. Die Zielvorstellungen des politischen Handelns dürfen nicht weiterhin in der Vergangenheit gesucht werden. Die Vergangenheit ist vorbei. Ordnungen, Bestimmungen und Formen, die der Verwirklichung des Menschen heute nicht dienlich sind, müssen beiseite geräumt werden. Auch christliche Politik muß sich wandeln durch neues Denken.

Um unseres politischen Auftrags willen haben wir den Blick entschlossen auf die Zukunft zu richten. Die CDU hat den Auftrag, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Mensch von Morgen in der Welt von Morgen auf echte Weise Mensch zu sein vermag.

Nur wo wir dessen inne werden, wie wenig selbstverständlich die Erfüllung auch unserer einfachsten Bedürfnisse ist, wird unser Herz zur Dankbarkeit bewegt; und in Augenblicken, die uns über uns selbst hinausheben, spüren wir, daß wir noch zu anderen Zielen unterwegs sind. Wie das Leben der einzelnen aus dem Widerspruch hervorgehen mag, der es erfüllt, um als ganzes vor den Augen Gottes zu stehen, das kann niemand wissen. Aber auch wenn unser Leben nicht im Widerspruch der Ichhaftigkeit gegen die Weltoffenheit zugrunde geht, so können wir doch erst jenseits des Todes das Leben erhoffen, in dem das Ich selbst aus Gott lebt, statt in Spannung zu ihm und in Gegensatz zu seinem Handeln an uns. Aber Christen leben schon jetzt im Wissen von dieser Wendung und setzen auf sie ihr Vertrauen. Durch die Taufe, verbunden mit dem Tode Jesu, leben sie schon jetzt nicht nur in der Gewißheit, daß ihrer Ichbezogenheit ein Ende gesetzt ist, sondern auch aus dem Geist seiner Auferstehung von den Toten zu einem neuen Leben.

Wolfhart Pannenberg, Was ist der Mensch, 1962

In der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ (Nr. 11/1965), die sonst nicht gerade für die Hallstein-Doktrin ist, teilt Marion Gräfin Dönhoff u. a. einige Überlegungen mit, die allgemeines Interesse verdienen, weil sie den Wert der Hallstein-Doktrin bei allen Bedenken im einzelnen anerkennen.

Viele Leute, die in den letzten Wochen über die Entschlußlosigkeit der Regierung spotteten, machen sich keine rechte Vorstellung von der Radikalität der Fragestellung, mit der wir konfrontiert sind. Sie tun so, als hätten wir uns ursprünglich mit der Hallstein-Doktrin einen zusätzlichen Vorteil verschaffen wollen und wären dabei entsprechend dem Grundgesetz „Wer anderen eine Grube gräbt . . .“ hereingefallen, weil sich dann herausstellte, daß wir mit dieser Doktrin jeder Erpressung Tür und Tor geöffnet hätten. Dies stimmt einfach nicht.

Richtig ist vielmehr, daß wir uns von Anbeginn der verzweifelten Lage der Teilung bewußt waren und alles daransetzen mußten, die Weichen so zu stellen, daß die beiden Hälften eines Tages wieder zusammengefügt werden könnten. Also nicht um irgendwelcher fiktiven Vorteile willen wurde die Doktrin erfunden, sondern um das Schlimmste — nämlich die endgültige Teilung — zu verhüten. Daß dies Geld und nicht nur Geld kosten würde, konnte sich wirklich jeder denken.

Jene Doktrin also, die nicht nur Gamal Abd el Nasser, sondern auch vielen anderen einen willkommenen Hebel für immer neue Erpressungen bot, gab uns die Möglichkeit, das Alleinvertretungsrecht zu beanspruchen. Wieviel das wert ist, mag Ansichtssache sein, aber jedenfalls kann man nicht einfach sagen, es sei gar nichts wert.

Unsere Nachbarn und Partner verstehen im allgemeinen nicht, warum wir „die Existenz des zweiten deutschen Staates leugnen“. Nun, wir leugnen nicht die Existenz (das wäre in der Tat absurd), sondern wir leugnen die Rechtmäßigkeit seiner Regierung. Wahlen, wie sie im Westen stattfinden und wie sie vorige Woche in Betschuana-Land, dem ärmsten aller afrikanischen Länder, abgehalten wurden, würden Ulbrichts Regierung sofort von der Bildfläche wischen — das bestreitet nicht einmal er selber, und daran zweifeln auch seine Funktionäre nicht.

Es wäre für uns gewiß sehr viel einfacher, wenn wir uns „mit der Existenz dieses zweiten Staates abfinden“ würden. Aber können wir das mit gutem Gewissen tun? Wer den Einzug Walter Ulbrichts in Kairo am Fernsehen sah, den schauderte es. Mit hysterischem Jubelgeschrei, so als zöge ein Befreier ein, wurde der Mann begrüßt, der die Volkspolizisten zwingt, auf jeden Bürger zu schießen, der die DDR zu verlassen sucht. Auch im letzten unterentwickelten Staat ist das Recht der Freizügigkeit gewährleistet, nur in Ulbrichts Staat nicht.

Ständig werden die Absperrungen der DDR gegen die Bundesrepublik verstärkt, die Mauer in Berlin verbreitert, der Stacheldraht an der Zonengrenze erhöht. Trotzdem sind seit der Errichtung der Mauer am 13. August 1961 bis zum 1. Januar 1965 21 155 Flüchtlinge aus diesem Gefängnisstaat ausgebrochen. Und alle unter Lebensgefahr. Niemand weiß, wie viele Fluchtversuche fehlschlagen, wie viele Bürger also im Gefängnis sitzen oder angeschossen im Krankenhaus liegen. Mit Sicherheit weiß man nur, daß seit Errichtung der Mauer 126 Bürger (64 in Berlin, 62 an der Zonengrenze) von

Ulbrichts Polizei erschossen wurden, als sie zu flüchten versuchten.

Und noch eine Zahl, die vielleicht deutlicher als alle anderen ahnen läßt, was Ungeistes Kind dieser Staat ist: Seit Bestehen der DDR bis zum 1. Januar 1965 sind insgesamt 26 969 Angehörige der Armee in die Bundesrepublik geflüchtet. Das entspricht etwa der Mannschaftsstärke von zwei Divisionen. Man stelle sich das nur einmal vor, 2 Divisionen, die Mann für Mann — jeder unter höchster Lebensgefahr — aus ihrem eigenen Staat ausbrechen, so als handele es sich darum, aus dem Kessel von Stalingrad auszubrechen. Ich glaube nicht, daß in der gleichen Zeit alle Armeen der Welt zusammen auch nur halb so viele Deserteure aufzuweisen hatten wie die kleine DDR.

Will man die 17 Millionen Deutsche, die in diesem Staat zu leben gezwungen sind, nicht einfach ihrem traurigen Schicksal überlassen, so gibt es theoretisch nur zwei Wege, auf denen wir Einfluß gewinnen können — zwei Wege, die in entgegengesetzte Richtungen führen. Entweder man akzeptiert die DDR so wie sie ist, anerkennt sie und hofft, daß eine solche Entspannung der Beziehungen allmählich zur Normalisierung und auch zur Humanisierung im Innern führen wird.

Diese Hoffnung erscheint allerdings spekulativ, weil es in der DDR im Gegensatz zu allen anderen Staaten des kommunistischen Lagers nicht die Möglichkeit gibt, Volk und Regierung — wie in Ungarn oder Rumänien — auf ein nationales Ziel hin zu integrieren. Denn das nationale Ziel des Volkes ist die Wiedervereinigung mit den Deutschen in der Bundesrepublik und nicht ein zweiter selbständiger Staat unter kommunistischer Führung. Darum kann Entspannung in diesem Fall keine wirkliche Heilung bringen, sondern muß ganz im Gegenteil auf die Dauer die Sorge der SED noch erhöhen. Denn bei einem bestimmten Grad der Liberalisierung würde die Ulbricht-Regierung zweifellos weggefegt werden, das weiß die SED genau so gut wie wir.

Der zweite Weg geht in die andere Richtung, also nicht Anerkennung, sondern der Versuch, die völkerrechtliche Aufwertung der DDR mit allen Mitteln zu verhindern und die Alleinvertretung durchzusetzen. Bisher hat die Hallstein-Doktrin diesem Zweck gedient — mit mehr Erfolg als man zunächst hätte annehmen können. Nun aber ist sie verbraucht, wie die letzten Wochen deutlich gemacht haben. Auch auf diesem Weg erscheint es also mehr als zweifelhaft, ob das erhoffte Ziel erreicht werden kann.

Resümee: Es gibt Probleme — und die deutsche Frage gehört genauso dazu, wie das jüdisch-arabische Problem —, für die es keine Lösung gibt. Daran müssen wir uns gewöhnen. Die Vorstellung, alle Probleme seien irgendwie auflösbar, stammt aus einer Zeit, in der dieses „irgendwie“ mindestens als ultima ratio der Krieg war. Seit der Krieg als letzte Möglichkeit ausfällt, bedeutet dies, daß wir mit ungelösten Problemen koexistieren müssen.

Das einzige, was wir in der Deutschlandfrage angesichts der sich ständig veränderten politischen Konstellationen tun können, ist, im Praktischen die Politik der kleinen Schritte fortzusetzen, im Grundsätzlichen aber die Dinge nicht zu präjudizieren, sondern sie nach Möglichkeit in der Schwebe zu halten. In unserem Falle hieße dies doch wohl: die Hall-

Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche (Ein Verfassungsjurist weist nach, daß die Vorrechte und Machtansprüche der christlichen Kirchen dem Grundgesetz widersprechen). München: Szczesny Verlag 1964, 354 Seiten, DM 22,50.

Dieses Werk gibt einen vorzüglich dokumentierten Überblick über alle Gebiete des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, in denen die religiöse Frage eine Rolle spielt und womöglich eine rechtliche Position eingeräumt bekommen hat. Die Grundzüge des Staatskirchenrechts der Weimarer Reichsverfassung und des Grundgesetzes und die religiösen Einflüsse auf andere Gesetze, insbesondere das Strafrecht werden verständlich dargelegt. Das Herz des Verfassers gehört hierbei unübersehbar den Nichtprivilegierten. Das sind nach seiner Meinung heute die, die ohne Gesangbuch reisen. Was der Verfasser im einzelnen zur konfessionellen Schule, den konfessionellen Lehrerbildungsanstalten, zu Fragen des Bestattungswesens, dem Kirchensteuerrecht und vielen anderen Punkten vorbringt, ist immer beachtenswert und mit vorzüglich ausgewählten Zitaten aus Literatur und Rechtsprechung belegt. In vielen Punkten möchte man mit Fischer eine liberale Entwicklung im Interesse der „vom staatlichen Wohlwollen verfolgten Kirchen“ wünschen.

Dennoch wird der Verfasser keine Zustimmung finden: Wer Auswüchse der kirchlichen Privilegierung durch den Staat ablehnt und die Gewissensfreiheit bisweilen gerne ernsthafter respektiert sähe, wird deshalb nicht auch gleich die Bestrafung der künstlichen Insemination, der Homosexualität und der Schwangerschaftsunterbrechung ablehnen. Abzulehnen ist das Werk aber nicht deshalb, weil es über das Ziel hinausschießend zu viele Verbote abbauen will, sondern wegen seines staatskirchenrechtlichen Grundverständnisses. Die Grundlage des deutschen Staatskirchenrechts bildet Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung, wo die Selbständigkeit der Kirchen vom Staat gewährleistet wird. Nach der heute herrschenden staatskirchenrechtlichen Theorie haben die kirchenpolitischen Verfassungsartikel einen Bedeutungswandel erfahren: Es ist ihnen aufgegeben, die Verfassung als rechtliche Zuordnung der Lebensbereiche zu verstehen, in denen die Kirchen ihre Aufgaben erfüllen, als Anerkennung und Gewährleistung eines durch diese Aufgaben bestimmten sachlichen Gesamtstatus der Kirchen, als Gewährleistung des freien Raumes für die Entfaltung des spezifisch kirchlichen Berufs, wie als Ausdruck der Verantwortung des Staates für eine sachlich begründete Gesamtordnung (Hesse). Diese Sicht liegt dem Löffler und den ihm folgenden Staatskirchenverträgen zu Grunde.

Fischer sieht in dieser Entwicklung eine Verleugnung der Grundprinzipien der Weimarer Reichsverfassung und des

stein-Doktrin I beerdigen und die Hallstein-Doktrin II inthronisieren; mit anderen Worten — wirtschaftliche Abschreckung zur Erhaltung des Alleinvertretungsrechts, weil die Anwendung politischer Sanktionen, darauf hat Erich Mende mit Recht hingewiesen, unter Umständen zur „Alleinvertretungsrealität“ der anderen führt ...

Grundgesetzes. Die absolute Freiheit des Gewissens bildet für ihn die Grundlage jeder Betrachtung des Staatskirchenrechts. Diese unbeschränkte Aufblähung des Art. 4 des Grundgesetzes muß zu Verzerrungen führen, die alles Folgende beeinträchtigen. Daran leidet das Werk. Es geht fehl in seiner grundsätzlichen Voraussetzung, daß nur die chemisch reine Trennung von Staat und Kirche rechtmäßig sei und die Gewissensfreiheit garantiere. Jede Privilegierung der beiden Großkirchen erscheint bei Fischer als eine fundamentale Verletzung der Gewissensfreiheit. Deshalb erscheinen die geschichtlichen, gewachsenen Grundlagen des Staatskirchenrechts als grundgesetzwidrig.

Kurz: Ein fleißiges, flott geschriebenes Buch, ausgezeichnet informiert, gut belegt, alle einschlägigen Fragen behandelnd. Aber auf einer praktisch undurchführbaren Idee totaler Trennung von Kirche und Staat aufbauend. Es gibt aber keine totale Trennung, sondern nur Kirchenverfolgung oder Kooperation von Kirche und Staat.

Axel von Campenhausen

Ehe und Ehescheidung. Ein Symposium mit Erwin Wilkens, Gerhard Koch, Wenzel Lohff, Kurt Wüstenberg, Hans Dombois, Jochen Fischer. Band 30 der Stundenbücher. Furche-Verlag, Hamburg 1963. 273 Seiten, DM 4,80.

Zunächst: Der Band ist bei aller gebotenen Kürze recht informativ, vor allem natürlich in den Abschnitten, die sich mit speziellen Fragen befassen, mit der Unauflöslichkeit der Ehe in der römisch-katholischen Praxis (Wilkens, Oberkirchenrat), der Ehescheidung nach dem Gesetz (Wüstenberg, Bundesrichter), dem Widerspruchsrecht bei Zerrüttungsscheidungen nach § 48, Abs. 2 des Ehegesetzes (Dombois, Familienrechtskommission der EKD), mit Problemen der kirchlichen Trauung sowie der kirchlichen Trauung Geschiedener (Wilkens). Die abschließende Darstellung der bedeutsamsten Gefährdungen der Ehe in ihren verschiedenen Reifungsstadien aus der Sicht des Ehe- und Familienberaters (Fischer) ist zu knapp ausgefallen; man hätte sie sich auf Kosten mancher Überschneidungen in den anderen Abschnitten ausführlicher gewünscht. Doch das sind wohl die unvermeidlichen Nachteile von Sammelbänden wie dem vorliegenden. Im übrigen fehlt eine Darstellung der katholischen Mischehenpraxis. Würde sie in der Erwartung weiterreichender Veränderungen im Rahmen des Konzils aufgeschoben?

Sehr erfreulich dagegen sind die thematischen Überschneidungen in den drei grundlegenden Gedankengängen zu Eingang. — erfreulich deshalb, weil sie dazu ermächtigen, den einen am anderen kritisch zu messen. Und das ist in der Tat notwendig!

Einzig möglich ist bei einer Aufgabe wie der Gewinnung eines Eheverständnisses der Ausgang von der Anthropologie. Der Theologe Gerhard Koch schlägt diesen Weg ein, indem er die Ehe versteht als ein Stück der „Wahlwelt“ des Menschen, also gleichzeitig angeeigneter wie aus eigenen Kräften gestalteter Wirklichkeit, als eine Wirklichkeit zwischen Tradition und Phantasie. Dieser Ansatz kritisiert jede Alternative zwischen biologischem, psychologischem und soziologischem Eheverständnis auf der einen und einem theologischen Eheverständnis auf der anderen Seite, wie sie bei Wilkens und Lohff (Theologe in Hamburg) und im übrigen auch in den erstgenannten Beiträgen gelegentlich durch-

klings. Als sei nicht der Herr des sechsten Schöpfungstages gerade auch Psychologe und Soziologe gewesen! Einem Geltendmachen der Unauflöslichkeit der Ehe allein aufgrund der Autorität der Schrift (spricht nur, wo diese keine Weisung gibt, die Vernunft? Dombos S. 179) oder eines aus neutestamentlichen Ordnungen erschlossenen Schöpferwillens gelingt die „Unterscheidung zwischen den Ebenen des Gesetzes und des Evangeliums“ (Wilkens S. 231) solange nicht, als dieses Eheverständnis sich nicht den Bedingungen und Möglichkeiten der Ehwirklichkeit heute kritisch stellt. Und so sind in der Tat gerade die neueren „Ordnungen kirchlichen Lebens“ in starkem Maße gesetzlich, etwa, wenn es um die Wiedertrauung Geschiedener geht, gelegentlich auf Kosten der Konsequenz: Ist denn nur die erste geschiedene und geschiedene Ehe „eine weiterdauernde geschichtliche Wirklichkeit“ (S. 243) und nicht erst recht die neugeschlossene des geschiedenen mit einem anderen Partner? Der Aufgabe, angesichts der gewandelten Struktur der Ehe, zumal ihrer Belastungen (verlängerte Dauer, Psychologisierung und Intimisierung, Funktionsverlust, Zusammendrängen der täglichen Gemeinsamkeit auf einen kurzen Zeitraum, Ablenkungen und Versuchungen, allgemeine Verhaltensunsicherheit im mitmenschlichen Bereich, äußere Ungesicherheit aufgrund sich schnell wandelnder Verhältnisse usw.), nach Normen sowohl der Bindung als auch der Entlastung zu suchen, scheint bisher noch kaum in Ansätzen entsprochen zu sein.

Walter Sohn

Der homosexuelle Nächste. Ein Symposium mit Hermanus Bianchi, Adriaan Leendert, Janse de Jonge, Adolf Köberle, Herbert Ernst Müller, Friedrich Franz Reinhard, Simon Jan Ridderbos, Willhart Schlegel, Hans-Joachim Schoeps, Machiel Zeegers. Band 31 der Stundenbücher. Furche-Verlag, Hamburg 1963. 289 Seiten, DM 4,80.

Der Titel und vier der neun Beiträge entstammen einer holländischen Veröffentlichung, einer der deutschen Beiträge war an anderer Stelle erschienen, die übrigen wurden für den vorliegenden Band geschrieben.

Der Psychiater de Jonge versucht, das Problem der Homosexualität grundsätzlich anzureißen, die Theologen Köberle und Ridderbos werfen Fragen seiner religiösen Beurteilung auf, Schoeps stellt sehr kritische Fragen an das moralische Bewußtsein der Öffentlichkeit; mit recht unterschiedlichen Ergebnissen behandeln die Beiträge von Zeegers und Schlegel die psychologisch-medizinische Seite des Problems, der Kriminologe Bianchi behandelt seine sozialen Aspekte, die Juristen H. E. Müller und Reinhard beschäftigen sich mit der forensischen Praxis v. a. im Hinblick auf die vorbereitete Reform von § 175 StGB.

Die Schwierigkeit einer Behandlung des Problems der Homosexualität liegt v. a. darin, daß hier ein Tabu des allgemeinen Bewußtseins angetastet wird, was als um so verletzender empfunden wird, als dieses Tabu noch immer ein religiöses Moment enthält, das sich bisher kritischem Durchdenken entziehen konnte: das Bewußtsein, der homosexuelle Mensch sei so von der Schöpfung nicht gewollt, er verkehre die menschliche Natur in ein Böses. Die Tatsache, daß über die Homosexualität als ein Phänomen höchster Intimität kaum etwas bekannt ist, regt die Phantasie „der anderen“ an und lenkt sie davon ab, sich der Fremdheit, dem Tabu der menschlichen Sexualität schlechthin zu stellen.

Diesen Tabu Charakter zu durchbrechen, bemühen sich sämtliche Beiträge des Bandes. An seinen religiösen Kern rühren

die beiden Theologen, welche die biblischen Beurteilungen — durchaus verschieden weit — religionsgeschichtlich zu relativieren versuchen: die einschlägigen Stellen betreffen nicht eigentlich das anthropologische Problem, sondern sie wehrten religiösen Erscheinungen der heidnischen Umwelt und seien insofern kultisch bedingt. Diese Deutung v. a. Ridderbos' wird im großen zutreffen, im einzelnen geht sie oft zu weit. Aber kann man nicht auch Röm. 1,26f. seinen strengen Sinn lassen und dieses Urteil dennoch nicht als „ewige Wahrheit“ annehmen (S. 58), indem man es an der „Totalität der biblischen Botschaft“ (S. 54) mißt: dem Liebesgebot?

Hier freilich verlassen den Theologen seine Kriterien. Als Anthropologe kommt er nicht ohne die Wissenschaftler aus, die nach der Antwort etwa auf die Frage suchen, ob die Homosexualität erworben oder konstitutionsbedingt, ob sie eine psychische Krankheitserscheinung oder eine spezifische Form der Liebe, ob sie eine Verkehrung oder eine Möglichkeit des Menschseins sei.

Mit Ausnahme von Zeegers scheinen die Verfasser der Auffassung zuzuneigen, die Homosexualität sei im wesentlichen konstitutionsbedingt, — extrem Schlegel, der „einen typologischen Schluß vom Skelettmaß (sc. der besonderen Form des Beckens) auf Charakter und Verhaltensweisen“ ziehen zu können glaubt (S. 191). Wenn danach die Homosexualität in der Regel nicht erwerbbar und ihr Vorhandensein nicht schuldhaft ist, wenn sie darüberhinaus keinen Bruch der Persönlichkeit zu bedeuten braucht, sondern, in ihrer Gesamtheit verankert, eine mögliche Form menschlicher Zuneigung ist, so wären daraus Folgerungen zu ziehen, die der gegenwärtigen Rechtsprechung ebenso widersprechen wie den Änderungsvorschlägen.

Da das vorliegende Bändchen eine Menge verschiedener Argumente zusammenträgt und sich besonders um die längst fällige Revision des allgemeinen Bewußtseins bemüht, gehört es jedenfalls in die Hand all derer, die an der Gestaltung und Durchsetzung moralischer Normen beteiligt sind, der Pädagogen, Juristen, Bundestagsabgeordneten, Pfarrer und Mediziner. Wer den Band nur einmal anblättern möchte, dem sei, trotz ärgerlich scharfer Formulierungen der Beitrag von H.-J. Schoeps besonders empfohlen; er rührt an die Wurzeln der Selbstgerechtigkeit des Menschen gegenüber dem „homosexuellen Nächsten“.

Walter Sohn

Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen, Aus den Jahren 1942–1945, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1964 (dtv Bd. 225), DM 3,80.

Ruth Andreas-Friedrich, Schauplatz Berlin, Ein Tagebuch, aufgezeichnet 1938–1945, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1964 (rororo Bd. 660), DM 2,20.

Bodo Scheurig (Herausgeber), Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1965 (dtv Bd. 270), DM 3,80.

Fritz Ernst, Die Deutschen und ihre jüngste Geschichte, Beobachtungen und Bemerkungen zum deutschen Schicksal der letzten fünfzig Jahre (1911–1961), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1963 (Urban-Bücher Bd. 75), DM 4,80.

Wer oft mit jungen Menschen zusammen ist, macht immer wieder die Erfahrung, daß ihnen das Vorstellungsvermögen fehlt, die Ereignisse unserer jüngsten Vergangenheit zu ver-

stehen, so daß viele ältere meinen, von einem ungerechten und harten Urteil der Jugend über die Generation ihrer Väter sprechen zu sollen. Es ist hier nicht der Ort, über diesen Aspekt der viel beredeten Bewältigung der Vergangenheit weiter nachzudenken. Wir wollen unsere Leser vielmehr auf einige preiswerte Bände hinweisen, die ihnen einen unmittelbaren Zugang zu jenen Jahren ermöglichen. Die Aufzeichnungen von Ursula von Kardorff und Ruth Andreas-Friedrich bieten ein lebendiges Bild aus dem Berlin der Jahre nach 1938. Viele von denen, die nachher mit den Ereignissen des 20. Juli in Zusammenhang standen, erscheinen hier, und der Leser erhält einen interessanten Einblick in die Sorgen, Nöte und Hoffnungen, die viele Menschen in unserem Volk in der nationalsozialistischen Zeit bewegt haben.

Wie schwer dabei in unserem Jahrhundert, das man nicht ohne Grund das „Jahrhundert des Verrats“ (M. Boveri) oder auch das des „Internationalen Bürgerkrieges“ (S. Neumann) genannt hat, die Grenzen zwischen Verrat, Konspiration und Widerstand zu ziehen sind, zeigt das Buch, das Bodo Scheurig herausgegeben hat. Neben einer gut geschriebenen Einleitung enthält der Band eine Reihe, zum Teil erstmals veröffentlichter Dokumente, die die heftigen Auseinandersetzungen

widerspiegeln, die nach Stalingrad unter den Soldaten der Oststreitkräfte geführt wurden. Wer mit dem Schema: Hier der Kommunismus und hier die Deutschen, die natürlich immer im Recht sind, arbeitet, wird dem, was sich damals in den Lagern Rußlands ereignet hat, allerdings nicht gerecht werden. Nicht ohne Erregung liest man das Fazit, das das Nationalkomitee in seiner letzten Sitzung am 2. November 1945 über seine Tätigkeit zwischen den Linien zog: „Die Aufgabe ist nicht gelöst. Unser politisches Ziel wurde nicht erreicht. Der Krieg dauerte bis 5 Minuten nach 12...“ Und das war doch gerade eines der Hauptziele: den Krieg zu beenden!

Ein bemerkenswertes Buch ist schließlich das letzte Werk des früh verstorbenen Heidelberger Historikers Fritz Ernst, der den Versuch macht, eigene Erfahrungen und Beobachtungen aus den letzten fünfzig Jahren mit den Ergebnissen historischer Arbeit zu verbinden. Man mag darüber streiten, ob dieser Versuch gelungen ist, aber es läßt sich nicht bezweifeln, daß dieses schmale Bändchen zu den anregendsten über unsere Geschichte seit Beginn dieses Jahrhunderts gehört. Darum sei es allen, die an dem deutschen Schicksal teilnehmen, zur Lektüre empfohlen. Bernhard Unkel

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eberhard Amelung, 355 Marburg, Wilhelmstraße 20, Tel. 3436.
Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises: 53 Bonn, Am Hof 28, Tel. 57001. Verlag:
Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn, Argelanderstr. 173, Postscheckkonto: Köln 193795. — Erscheinungsweise: monatlich. — Bezugsgebühr:
1,— DM monatlich, 12,— DM jährlich. — Druck: Eukerdruck Marburg.

Artikel, die mit vollem Namen gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU